Zum Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB Seite 5

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 19. Oktober 1979 | 13. Jahrgang | 1 DM

Am 14. Oktober in Bonn

120 000 gegen Atomprogramm

KPD/ML fordert: Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis

BONN.— Etwa 120 000 Demonstranten waren am Sonntag, den 14. Oktober per Sonderzug, Schiff, Auto, Fahrrad oder Traktor nach Bonn gereist, um in einer machtvollen Kundgebung, der ein Sternmarsch vorausgegangen war, gegen das Bonner Atomprogramm zu protestieren.

Angesichts dieses gewaltigen Protests — es handelte sich um eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik — dürften die Führungen der Bonner Parteien einigermaßen ins Schwitzen gekommen sein, insbesondere der SPD-Vorstand, der gegenwärtig dabei ist, die Parteibasis für den im Dezember stattfindenden Parteitag auf das Atomprogramm des Kanzlers zu verpflichten. Viele Demonstrationsteilnehmer trugen Kartons mit der Aufschrift: „Ich bin Sozialdemokrat und gegen Atomkraftwerke."

Unter den Demonstranten befanden sich auch Genossen der KPD/ML und der roten Garde. Sie verbreiteten die Forderungen ihrer Partei im Kampf gegen das Bonner Atomprogramm.



Jetzt gilt es für die Gegner der Bonner Atompläne, den Kampf gegen das nach wie vor geplante Endlager in den Gorlebener Salzstöcken und die vom Bundeskanzler und den Länderchefs angekündigten Zwischenlager in einzelnen Bundesländern zu richten. Das Bonner Atomprogramm muß fallen!

Nazis raus hieß es letzten Samstag in Düsseldorf, wo sich vor dem Schauspielhaus etwa 30 Mitglieder der NPD zusammengerottet hatten, um ihre faschistischen Hetztiraden an den Mann zu bringen. Vorsorglich hatte die Polizei das Gelände mit einer Reihe von Doppelgattern abgesperrt. Wie meistens in solchen Fällen dachten die verantwortlichen Behörden nicht daran, die Nazi-Kundgebung zu verbieten. Näheres zum Nazi-Aufmarsch in Düsseldorf auf Seite 7.

NATO-Parlamentarier für US-Raketen in Europa

WASHINGTON.— Auf ihrer 25. Jahrestagung in der US-Hauptstadt machten sich Parlamentarier aus allen Ländern des westlichen Militärpakts für eine weitere massive Aufrüstung stark. Außerdem verabschiedeten sie eine Resolution, in der eine Stationierung der amerikanischen Mittelstrecken-Atomrakete *Pershing 2* in mehreren europäischen Ländern gefordert wird.

Am Wochenende machte auch Bundeskanzler Schmidt noch einmal die Haltung der Bonner Regierung zur geplanten Stationierung dieser neuen Massenvernichtungswaffe deutlich, mit der vom Boden der Bundesrepublik aus jeder Punkt in der westlichen Sowjetunion in Schutt und Asche gelegt werden könnte. Schmidt erklärte in einem Interview, auf Produktion und Stationierung der Mittelstreckenraketen könne nur dann verzichtet werden, wenn die Sowjetunion „bereit wäre, auf Null zu gehen mit der Rüstung, die sie auf diesem Felde nicht bloß beschlossen, sondern tatsächlich schon hergestellt hat."

Natürlich weiß der Kanzler sehr genau, daß die sowjetische Supermacht niemals bereit sein wird, in der Raketenrüstung „auf Null" zu gehen. Seine Erklärung dient auch nur dazu, dem östlichen Militärblock den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben und wieder einmal die bedrohliche Atomrüstung der NATO mit dem Waffenpotential auf der anderen Seite zu „begründen". Und genauso verfährt ja auch der Warschauer Pakt, um die eigene Aufrüstung zu rechtfertigen.

Keine Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik!

Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden!

Albanische Genossen auf der Frankfurter Buchmesse

Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse stellten auch albanische Verlage ihre Erzeugnisse aus.

(Bericht auf Seite 3)

Bayrische Brauer im Warnstreik

MÜNCHEN/NÜRNBERG.— Kollegen der Münchener Löwenbrauerei traten am Dienstag, den 9. Oktober in einen einstündigen Warnstreik, weil die Unternehmerseite auf dem völlig unhaltbaren Angebot von 4,3 Prozent mehr Lohn beharrte. Die Zunächst für zwei Tage angesetzten Tarifverhandlungen scheiterten schon nach acht Stunden.

Am selben Tag fanden in Nürnberg und Würzburg Protestkundgebungen der mittel- und unterfränkischen Brauereiarbeiter statt. Weitere Warnstreiks wurden angekündigt.

Hua auf Staatsbesuch in Westeuropa

Der chinesische Parteichef Hua führt gegenwärtig eine Reise durch Westeuropa durch, die ihn am Wochenende auch nach Bonn führen wird.

Auf seinem Programm für die Bundesrepublik stehen nicht nur Gespräche mit Regierungsmitgliedern und die Besichtigung von Großbetrieben. Hua wird sich in München auch mit Kanzlerkandidaten Strauß treffen, zu dem die Pekinger Führung seit langem herzliche Beziehungen unterhält.

Im Mittelpunkt der Gespräche in Bonn und München werden zum einen Wirtschaftsverhandlungen stehen. Westdeutsche Monopole verhandeln gegenwärtig mit Peking über den Bau von 18 Großprojekten in China — darunter Stahlwerke, Bergwerke und Maschinenfabriken. In diesem Zusammenhang dürfte Hua auch neue Kreditwünsche präsentieren. Und er wird wohl auch das Angebot bekräftigen, das sein Bonner Botschafter Chang diese Woche den westdeutschen Konzernen unterbreitete: direkt Kapital in chinesische Betriebe zu investieren.

Ein weiteres Ziel des Hua-Besuches ist die Festigung der reaktionären Allianz zwischen China und der NATO. Dabei wird es nicht nur um die politischen Gemeinsamkeiten gehen. Es ist wohl alles andere als ein Zufall, daß auf der Liste der Betriebe, die Hua besichtigen wird, auch der Münchner Konzern MBB steht, eine der führenden Waffenschmieden der Bundesrepublik. Kampfhubschrauber und anderes militärisches Gerät des MBB-Konzerns stehen schon lange auf der Einkaufsliste der Pekinger Führer.

So hat Huas Staatsbesuch auch nichts zu tun mit der „Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk", wie die Pekinger Revisionisten er erklärten. Er dient den Profitinteressen der westdeutschen Imperialisten und der Stärkung der Achse zwischen Bonn und Peking, die sich gegen das deutsche wie auch gegen das chinesische Volk richtet.

Rotterdamer Schlepperbesatzungen beenden Streik

Erfolg nach siebeneinhalb Wochen Kampf

ROTTERDAM.— Nach uns vorliegenden Meldungen haben die Besatzungen der Schlepper im Rotterdamer Hafen ihren Streik nach siebeneinhalb Wochen mit einem Sieg beendet. Die Streikenden nahmen ein Angebot der Stadtverwaltung an, das unter anderem Lohnerhöhungen von wöchentliche 50 Gulden sowie eine Abschlagszahlung von 1 000 Gulden vorsieht.

Mit der Forderung nach 50 Gulden netto mehr in der Woche waren die 500 Mann Schlepperbesatzungen am 23. August in den Streik getreten. Da der Gewerkschaftsapparat sich distanzierte, mußten sie von Anfang an ihren Kampf selbständig führen und organisieren.

Der Streik der Schlepperbesatzungen wurde zum unmittelbaren Auslöser des großen Rotterdamer Hafenarbeiterstreiks. Als am 27. August 16 der Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden sollten, legten in den folgenden Tagen aus Protest über 10 000 Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Die Hafenarbeiter stellten eigene Forderungen auf. Auch sie mußten — da sich der Gewerkschaftsapparat auch hier distanzierte — ihren Kampf selbständig führen und organisieren. Die Arbeiter anderer Häfen — so in Amsterdam — schlossen sich dem Kampf an. Es kam zu internationalen Solidaritätsaktionen (siehe auch RM 37 und 39).

Ende Sptember brachen die Hafenarbeiter ihren Streik ab. Die Schlepperbesatzungen streikten weiter.



Während des Streiks der Rotterdamer Schlepperbesatzungen: im Hafen vertäute Schlepper. Auf dem rechten Schlepper ein Transparent mit der Forderung nach 50 Gulden mehr die Woche.

Kommentar

Seit ihrem letzten Parteitag betreibt die CSU unter dem Deckmantel der Diskussion um die jüngste deutsche Vergangenheit eine aggressive Hetzkampagne gegen die Arbeiterbewegung. Generalsekretär Stoiber gab das Stichwort, als er erklärte, man müsse der Bevölkerung deutlich machen, daß die Nazis in erster Linie Sozialisten waren.

Einen „demokratischen Sozialismus"). Alles, was sich in dieser Tradition befindet oder sich auch nur darauf beruft, einschließlich der Jugendverbände der Koalitionsparteien, wird vom bayrischen Führer und seinen Gefolgschaft umstandslos mit den Faschisten in eine Reihe gestellt und zu Verbrechern erklärt.

Die Kampagne des Franz Josef Strauß gegen die Arbeiterbewegung

Strauß selbst, der seine Karriere ja bekanntlich als Funktionär und Ideologe des Hitlerschen Mordregimes begann, Strauß nahm das Stichwort auf, fand weitere „Beweise" für die Wesensgleichheit von Faschismus und Sozialismus; Strauß verkündete schließlich, seine früheren Arbeit- und Auftraggeber Hitler und Goebbels „waren im Grunde ihres Herzens Marxisten". Für die praktische Nutzanwendung dieser Erkenntnisse ihres Führers sorgte dann gleich die bayrische Strauß-Jugend Junge Union, deren Vorsitzender die Jusos und Judos mit SA und SS verglich.

Wenn einer wie Strauß, der es als ehemaliger Nationalsozialistischer Führungsoffizier natürlich besser weiß, in solch niederträchtiger Weise das Andenken der in den KZs und Gestapo-Kellern Hingemordeten besudelt, die Opfer mit ihren Nazi-Mördern auf eine Stufe stellt — dann steckt dahinter Methode. Da ist einmal die alte reaktionäre Formel „rot gleich braun". Die ist nun nicht erst auf dem Mist des bayrischen Ministerpräsidenten gewachsen. Wenn Strauß etwa die Demonstranten bei seinen Auftritten in NRW als Goebbels-Schüler beschimpfte, so hat ein Helmut Schmidt vor ihm schon in der gleichen Weise gegen Jugendliche gehetzt, die es wagten, seine Wahlkundgebungen durch Pfeifkonzerte zu stören.

Dennoch liegt in den Angriffen der Strauß-Gefolgschaft eine besondere Bedrohung. Denn sie dienen nicht nur einer allgemeinen Vernebelung der Begriffe; sie gehen weit über die vom Bonner Staat praktizierte Gleichsetzung von „Links- und Rechtsextremismus" hinaus. Die Strauß und Co. zielen mit ihrer Kampagne gegen die gesamte Arbeiterbewegung in unserem Land, die sich sozialistischen Traditionen verpflichtet weiß (selbst die sozialdemokratischen DGB-Führer berufen sich ja auf

Und niemand sollte sich über die Folgen täuschen. Denn das ist nicht nur Geschichtsklitterung, nicht nur schlechter politischer Stil, wie jetzt SPD- und DGB-Führer abwieglerisch klagen. Das ist ein politisches Programm. Niemand anderes als Strauß selbst hat in seiner berüchtigten Sonthofener Rede klargestellt, daß „zwischen kriminellen und politischen Gangstern nicht der geringste Unterschied (ist), sie sind alle miteinander Verbrecher." Und der Kanzlerkandidat hat auch sein Programm zur Behandlung solcher „Verbrecher" entwickelt: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."

Angesichts solcher Drohungen, wie sie unser Volk schon einmal hören mußte, ist es die allerhöchste Zeit, daß ein breiter Widerstand vor allem in den Gewerkschaften gegen den Machtanspruch der Strauß-Kamarilla organisiert wird. Von den Bonzen ist da allerdings nichts zu erwarten. Das hat Vetter am vergangenen Freitag bei der 30-Jahr-Feier des DGB — Ehrengast CSU-General Stoiber — ganz deutlich zu erkennen gegeben. Er ging dort auf die Kampagne der Strauß-Mannschaft ein. Aber nicht, um sie entschieden zurückzuweisen. Nein, Vetter hatte nichts besseres zu tun, als die CSU „stalinistischer Methoden" zu verdächtigen und sich allgemein wieder in antikommunistischer Hetze zu ergehen.

Wenn es gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter geht, ist man sich mit den Strauß und Co. noch allemal einig. Dieser Kniefall des Herrn Vetter macht einmal mehr deutlich, daß in den Gewerkschaften der Widerstand gegen den Machtantritt des CSU-Führers auch ohne und gegen die Bonzen geführt werden muß.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider., Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Treffen Vetter-Strauß

„Weitgehende Übereinstimmung"

Provokation für alle Antifaschisten

MÜNCHEN.— Trotz massiver Proteste seitens der gewerkschaftlichen Basis hat am Mittwoch vergangener Woche das Treffen zwischen Vetter und Strauß stattgefunden. Der Verlauf der Zusammenkunft und das Ergebnis der Gespräche sind eine Provokation für jeden ehrlichen Gewerkschafter und jeden Antifaschisten.

„Weitgehende Übereinstimmung in Sachfragen" registrierten beide Seiten am Ende des Gesprächs. Strauß konnte anschließend in der *Bild*-Zeitung sogar von *„überhaupt keinen Unterschied zwischen Vetter und mir"* reden. Und weil's so schön und fruchtbar war, hat man gleich für die Zukunft regelmäßige Gespräche auf der Ebene von Arbeitsgruppen vereinbart.

Ob die Übereinstimmung zwischen Vetter und Strauß nun groß sein mag oder nicht; eines kann der schändliche Canossagang des DGB-Chefs nach München nicht ändern: daß die klassenbewußten Gewerkschafter ihren Kampf gegen den Erzfeind der Gewerkschaften und des arbeitenden Volkes, gegen Franz Josef Strauß, unversöhnlich fortsetzen und verstärken werden.

Vetter hat sich von Strauß umarmen lassen, um nicht zu sagen, er hat sich diesem Vertreter der äußersten Reaktion in die Arme geworfen. Der DGB-Chef hat sich wirklich darum bemüht, Strauß zu dem zu verhelfen, was der Kanzlerkandidat selbst als Zweck der Zusammenkunft genannt hat: *„...daß ich nicht ständig als Arbeitnehmerfeind dastehe."* So wurde das Treffen für Strauß zu einer politisch wertvollen Hilfe bei seinem geplanten Marsch nach Bonn, an die Hebel der Regierungsmacht.

Die DGB-Führer wollen uns weismachen, Vetter habe für diesen Dienst ja auch eine Gegenleistung erhalten: Strauß hat den angekündigten CSU-Gewerkschaftskongreß abgesagt, der für den 1. Dezember in Augsburg angesetzt worden war. Aber selbst die bürgerliche *Frankfurter Rundschau* meint zu diesem Kongreß: *„Der Verdacht indessen, daß es sich hier viel eher um ein Potemkinsches Dorf handelte — zum Zwecke, den DGB zu schocken — scheint der Wahrheit näher zu kommen."*

Davon aber einmal abgesehen: Ein Franz Josef Strauß läßt sich nie und nimmer dadurch stoppen — oder auch nur im geringsten von seinen für das deutsche Volk äußerst verhängnisvollen Plänen abbringen —, daß man ihm schöne Augen macht.

Haben die DGB-Führer eigentlich nicht aus der deutschen Geschichte gelernt oder wollen sie einfach nicht lernen? Nach dem Machtantritt Hitlers 1933 hat die reformistische Führung des ADGB ihre Kapitulationspolitik so weit getrieben, daß sie die Arbeiterschaft aufrief, sich am 1. Mai an Hitlers faschistischem „Tag der nationalen Arbeit" zu beteiligen. Wenig später stürmten Hitlers SA-Horden die Gewerkschaftshäuser und schleppten die Gewerkschaftsfunktionäre, derer sie habhaft werden konnten, in die Keller der Gestapo.

Ob die Dienste der DGB-Führung als Steigbügelhalter dem Kanzlerkandidaten in den Sattel zu helfen vermögen — das ist eine Frage, die noch nicht beantwortet ist. Sie zu beantworten, wird Sache der klassenbewußten Gewerkschafter und des werktätigen Volkes sein. Sie wird beantwortet durch die Praxis des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus.

Wenn alle Gewerkschafter, alle Antifaschisten die Schaffung einer Front gegen Strauß, gegen den Vormarsch des Faschismus unterstützen, wenn es gelingt, eine machtvolle Front des Volkes in diesem Sinne zu schmieden, dann ist das Scheitern von Strauß und der hinter ihm stehenden Kräfte des Großkapitals gewiß.

Gründungsversammlung der VOLKSFRONT

Teilnahme an Bundestagswahlen beschlossen

Am vorletzten Wochenende wurde in Dortmund die *VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden* gegründet. Im folgenden veröffentlichen wir die aus diesem Anlaß herausgegebene Presseerklärung.

„Am 6.10.1979 gründete sich in Dortmund-Schüren die VOLKSFRONT als bundesweite Organisation. Die VOLKSFRONT ist ein Zusammenschluß von antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen. Sie kämpft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden und wird unter der zentralen Losung „Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!" auch an den Bundestagswahlen 1980 teilnehmen.

Die Teilnehmer der Gründungsversammlung beschlossen die politischen Grundsätze, die Satzung und ein Wahlprogramm der VOLKSFRONT und wählten einen neunköpfigen Vorstand. Erster Vorsitzender der Organisation ist Eike Hemmer, Hüttenarbeiter bei Klöckner in Bremen, sein Stellvertreter ist Ulrich Leicht, Angestellter aus Dortmund.

Über die Aufgaben und Ziele der VOLKSFRONT heißt es in ihren Grundsätzen unter anderem:

‚Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Das ist das höchste Ziel der VOLKSFRONT. Diesem Ziel dienen alle ihre Aktivitäten. Um dieses Ziel zu erreichen, will die VOLKSFRONT die Einheit aller antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen — über die Grenzen von Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit hinweg — im Kampf gegen eine neue faschistische Diktatur, im Kampf gegen den Ausbruch eines neuen völkermordenden Krieges herstellen...

Das deutsche Volk weiß aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte, daß es im Kampf gegen Faschismus und Krieg nie zu früh, wohl aber leicht zu spät sein kann. Es gilt, den Anfängen zu wehren! Deshalb ist die VOLKSFRONT der Ansicht, daß es darauf ankommt, bereits jetzt, im Kampf gegen jeglichen Abbau demokratischer Rechte des Volkes; gegen alle faschistischen Erscheinungen und Provokationen; gegen jegliche militaristischen Aktivitäten eine starke Front des Volkes zu schmieden: gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden!'

Für nähere Information stehen wir selbstverständlich gern zur Verfügung. Die Grundsätze, das Wahlprogramm und die Satzung der VOLKSFRONT senden wir Ihnen auf Anfrage kostenlos zu.

Ulrich Leicht, 4600 Dortmund 14, Schäffleweg 4"

Klose vor dem Untersuchungsausschuß

„Schützende Hände" über Hamburgs Giftgasfabrik

Verantwortung der Bundeswehr nicht mehr zu verheimlichen

HAMBURG.— Für den Hamburger Bürgermeister Klose beginnt der Kampf um das politische Überleben. In einer detaillierten und überaus ausführlichen Stellungnahme vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der auf Beschluß des Hamburger Senats ins Leben gerufen wurde, startete er mehrere Entlastungsangriffe, die beweisen, daß von Anfang an höchste Regierungsstellen in den Hamburger Giftgasskandal verwickelt waren.

Zunächst ging es noch einmal um Justizsenator Dahrendorf, den Klose zum Rücktritt gezwungen hatte, um sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Im folgenden zeigte er sich verwundert darüber, daß der mit der ersten Untersuchung beauftragte Staatsrat Rabels von sich aus nichts über die Verantwortung des Justizsenators hatte verlauten lassen, obwohl die entsprechenden Erkenntnisse vorgelegen haben müßten. Auch Innensenator Staak und der Leiter der Umweltbehörde, Curilla, wurden von Klose verdächtigt, mehr zu wissen, als sie gesagt haben.

Die Angst um seine politische Karriere trieb ihn dann zu der höchst aufschlußreichen Bemerkung, daß die früheren Geschäftsbeziehungen der Firma Stoltzenberg zur Bundeswehr und zur Polizei fast sämtlicher Bundesländer, die noch über die Mitte der siebziger Jahre hinausreichten, der Grund dafür seien, daß „so etwas wie schützende Hände über dem Betrieb gelegen" hätten. Ferner wurde ein aus dem Jahr 1974 stammendes Empfehlungsschreiben des niedersächsischen Innenministeriums bekannt, Tränengas für die Polizei bei Stoltzenberg zu beziehen. Der Giftgasskandal kann nur unter der Voraussetzung aufgeklärt werden, wenn die Verantwortung der Regierung in Bund und Ländern voll zur Sprache kommt.

Teuerung über 5 Prozent

WIESBADEN.— Erstmals seit dem Frühjahr 1976 hat die Teuerung in der Bundesrepublik die 5-Prozent-Marke wieder überschritten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im September um 5,3 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im August betrug der Abstand noch 4,9 Prozent, im Juli 4,6 Prozent. Für das ganze Jahr 1979 wird eine durchschnittliche Inflationsrate von 4,5 Prozent geschätzt. — Wie sehr diese Zahlen allerdings die tatsächlichen Preistreibereien noch beschönigen, zeigt die Preiserhöhung auf dem Energiesektor: Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Preise für Heizöl um 100, für Kraftstoffe um 8,1 und für Kohle um 8,4 Prozent.

Baden-Württemberg streicht Jupo-Projekt

STUTTGART.— Angesichts des massiven Widerstands von Jugendbetreuern und Jugendlichen gegen die Einführung von sogenannten Jugendpolizisten (Jupos) hat die baden-württembergische Landesregierung ihr Jupo-Projekt aufgegeben. Die Jupos sollten sich unangemeldet und in Zivil in Jugendhäuser und sonstige Jugendtreffs einschnüffeln, Kontakt zu Jugendlichen aufnehmen und „umfassende Informationen" sammeln. — An ihrem Konzept der Einrichtung von speziellen Jugenddezernaten bei der Kriminalpolizei hält die Landesregierung allerdings fest.

Rüstungselektronikmesse

WIESBADEN.— Vom 25. bis 27. September fand in Wiesbaden die größte Rüstungselektronikmesse der Welt statt. Diplomaten, Militärs und Rüstungsspezialisten aus über 80 Ländern — darunter China, Argentinien, Südafrika und Israel — nahmen die neuesten Erzeugnisse aus dem Bereich der elektronischen Kriegsführung in Augenschein. Die Palette reichte von verschiedenartigsten militärelektronischen Kommunikations- und „Feinderfassungs"-Systemen über ausgeklügelte Feuerleitanlagen, optische Zielvorrichtungen auf Infrarotbasis bis hin zu sogenannten Proputern für den Einsatz ballistischer Bomben.

Bundesdeutsche Firmen wie Siemens, AEG, Hoechst-AG und Kraus-Maffei stellten neben den Briten das größte Ausstellerkontingent, gefolgt von den USA, Frankreich und anderen NATO-Ländern. — Durch extrem hohe Eintrittspreise und stramme Eingangskontrollen wurde dafür gesorgt, daß die Experten des Krieges weitgehend unter sich blieben.

Zitat der Woche

„Die Vorstandsliste der am Donnerstag aus der Taufe gehobenen China International Trust and Investment Corporation [Citic] liest sich streckenweise wie ein Auszug aus dem Shanghaier Geld- und Wirtschaftsadel vor der kommunistischen Machtübernahme." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 10.79).

Versuch einer Beschreibung des Überwachungssystems

Heinrich Bölls „Fürsorgliche Belagerung“

In seinem neuen Roman hat Heinrich Böll die Thematik der „Katharina Blum“ wieder aufgenommen. Wurde dort die Verstrickung eines jungen Mädchens in das Netz des Terrors von Springer-Presse und Polizei beschrieben, so geht es in der „Fürsorglichen Belagerung“ um die totale Überwachung durch eine allgegenwärtige Polizei.

Überwacht wird Fritz Tolm, rheinischer Zeitungsverleger; überwacht werden seine Kinder und deren Familien. Tolm — damit setzt die Handlung des Romans ein — wird zum Präsidenten des Arbeitgeberverbands gewählt, in eine Funktion also, die bis zu dessen jähem Ende der ehemalige SS-Mann und spätere Daimler-Direktor Schleyer ausübte. So ist es denn auch nicht eine wirkliche oder vermutete Staatsfeindlichkeit des Romanhelden, die ein schwerbewaffnetes und mit Mikrofonen und Kameras ausgerüstetes Polizeiheer zu seinem Wohnsitz in Marsch setzt.

Das Tolmsche Haus ist zwar von Zivilen und Uniformierten belagert, aber es ist eben eine „fürsorgliche Belagerung“ — der hierzulande übliche Schutz hochkarätiger Staats- und Wirtschaftsfunktionäre vor Anschlägen aller Art. Somit mag das Thema dieses Romans dem normalen Leser zu Recht als belanglos erscheinen. Denn wen interessieren schon die Probleme eines Arbeitgeberpräsidenten mit seiner Polizeiüberwachung — wo doch in diesem Land Hunderte durch eine Überwachung ganz anderer Art um ihren Beruf gebracht worden sind, wo die BKA-Computer von Daten über „Verdächtige“ überquellen und die staatliche Bespitzelung bis in die Betriebe reicht.

So einfach jedoch ist es nicht mit dem Böllschen Roman. Denn seine Hauptfigur ist zwar in die Funktion eines Schleyer gestellt, wird aber als ein grundanständiger Mensch beschrieben. Als einer, der unter den Redakteuren seiner Zeitung nur einen Kommunisten wirklich schätzte, der mit seinen irgendeiner diffusen „linken Szene“ angehörigen Kindern sympathisiert und schließlich gar noch für den Chefterroristen Bewerloh, der vom Ausland aus seine Ermordung betreibt, Verständnis aufbringt. Als einer zudem, der am Schluß des Romans das Bekenntnis ablegt, „daß ein Sozialismus kommen muß, siegen muß...“

Hier nun liegt die grundlegende Schwäche des Böllschen Romans, daß nämlich die Persönlichkeit seines Helden in keiner Weise mit seiner gesellschaftlichen Funktion übereinstimmt. Wo gäbe es denn auch so was, daß einer, der von kommenden Sozialismus träumt, an die Spitze einer Kampforganisation der Kapitalisten gestellt würde? Und ebenso wie in der Hauptperson selbst werden auch im Drumherum alle gesellschaftlichen Widersprüche in einer fatalen Art zugedeckt. Allen Personen, die Böll aufmarschieren läßt, bringt er ein fast liebevolles Verständnis entgegen. Und das gilt eben nicht nur für die „linken“ Kinder Tolms oder den anständigen Pfarrer, der im Widerspruch zu seiner Kirchenleitung steht. Das gilt gleichermaßen auch für die Herren aus dem Unternehmerverband und die Herren von der Polizeiführung.

Alle sind sie nur Opfer — von Verhältnissen, die gar nicht näher beleuchtet werden. Gewiß, Böll zeigt den Überwachungsstaat, aber in wessen Interesse er in Aktion tritt und gegen wen, das bleibt in diesem Roman ausgeklammert. Insoweit bleibt die „Fürsorgliche Belagerung“ auch weit zurück hinter der radikalen Kritik, die Böll in der „Katharine Blum“ und in einigen kleineren Arbeiten an den Zuständen in diesem Land geübt hat. Dem Leser bleibt nur zu hoffen, daß sich Böll wieder denen zuwendet, die die wirklichen Opfer der staatlichen Unterdrückung sind.

Franz Josef Degenhardt: „Die Mißhandlung“

Ein zwiespältiges Werk

Buchbesprechung

Der junge Vormundschaftsrichter Dörner wird mit einem Fall von Kindesmißhandlung betraut. Er muß erleben, wie einflußreiche Stellen beginnen, ihm in den Fall hineinzureden, erst vorsichtig, dann immer offener, schließlich mit einem Erpressungsversuch. Ihm wird klar, daß er den Fall auf die lange Bank schieben soll, um so die für das Ansehen der Bundesrepublik so peinliche Affäre aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit und aus der Presse herauszuhalten.

Gleichzeitig wird bekannt, daß die Justiz unter der Hand rechtskräftig verurteilte faschistische Massenmörder auf freien Fuß gesetzt hat. Das Ganze läuft vor dem Hintergrund der in der DDR bekanntgewordenen Zwangsadoptionen ab, ein gefundenes Fressen für die Springer-Presse, um mit heftiger antikommunistischer Hetze von der Kinderfeindlichkeit im eigenen Land abzulenken.

Degenhardt wiederum benutzt die in der Bundesrepublik vorhandene Kinderfeindlichkeit geschickt aus, um die sozialfaschistischen Maßnahmen der DDR-Regierung gegen Kinder von Republikflüchtlingen in eine gerechte Sache umzufunktionieren. Der Begriff „Zwangsadoption“ wird einfach mit dem aus der Springer-Presse in anderem Zusammenhang bekannte Wörtchen „sogenannte“ versehen und damit der Kritik entzogen.

Dörner wird im Verlauf der Handlung zu einem bewußten Demokraten, nicht zuletzt durch den Einfluß verschiedener fortschrittlicher Berufskollegen. Leider gerät die Sprache dieser Leute zu einem Abklatsch des Jargons der Studentenbewegung, zu seminarmarxistischen Abhandlungen, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge mehr verdunkeln als aufhellen.

Ein zwiespältiges Werk, das seine Stärken da hat, wo es sich auf die Schilderung der Justiz beschränkt, das mangelhaft ist, wo es gesellschaftskritische Analysen bringen will, das völlig unhaltbar wird, wo es versucht, die DDR in fortschrittlichem Licht erscheinen zu lassen.

400 kamen auf Einladung von GFA und „Linkskurve“

Veranstaltung zu Ehren der albanischen Messedelegation

Bemerkenswertes Kulturprogramm

FRANKFURT.— Auch in diesem Jahr nahm wieder eine Gruppe albanischer Verlage an der Frankfurter Buchmesse teil. Zu Ehren der albanischen Genossen hatte die Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V. in Zusammenarbeit mit der Kulturzeitschrift *linkskurve* für Samstag, den 13. Oktober einen Kulturabend in Frankfurt-Riederwald organisiert, an dem auch die vier Mitglieder der albanischen Delegation teilnahmen, unter ihnen der albanische Schriftsteller Llazar Siliqi.

350 bis 400 Freunde Albaniens waren in das Haus Riederwald in der Max-Hirsch-Straße gekommen. Vor dem offiziellen Beginn der Veranstaltung hatte man Gelegenheit, in einem kleineren Raum einen interessanten Reisefilm über einen Ferienaufenthalt in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zu sehen, den Klaus-Jürgen Schmidt, Mitarbeiter von Radio Bremen, diesen Sommer gedreht hatte.

Da waren Stände aufgebaut, zum Beispiel von der Firma Albimport, wo nicht zuletzt der hervorragende albanische Cognac guten Absatz fand. Auf dem Büchertand der Gesellschaft der Freunde Albaniens waren Enver Hoxhas *Betrachtungen über China* und der Bildband über das Leben Enver Hoxhas *Mit dem Volk auf du und du* die begehrtesten Neuerscheinungen.



Die albanische Messedelegation mit dem Vorsitzenden der GFA Peter Platzmann (Mitte)

Peter Platzmann begrüßt die Teilnehmer

Als dann der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde Albaniens, Peter Platzmann, die albanischen Genossen in ihrer Landessprache begrüßte, kam Stimmung auf. Besonders die zahlreich erschienen ausländischen Kollegen, vor allem aus der Türkei und Kossovo-Albaner brachen immer wieder in Hochrufe auf Genossen Enver Hoxha, die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk aus.



Llazar Siliqi, Schriftsteller aus Albanien

Peter Platzmann ging kurz auf den bevorstehenden 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens ein. **„Aus dem Armenhaus Europas ist ein blühendes sozialistisches Land geworden, auf das andere Völker mit Bewunderung blicken.“** Leider aber sei die Sozialistische Volksrepublik Albanien durch die feindliche Haltung der Bundesregierung und die magere bis ganz ausbleibende Berichterstattung der meisten Medien für viele Menschen immer noch ein weißer Fleck auf der Landkarte.

Llazar Siliqi: Kämpfer und Schriftsteller

Mitglied der albanischen Delegation war einer der bekanntesten albanischen Schriftsteller, der Genosse Llazar Siliqi. Der im Jahre 1924 geborene Künstler nahm aktiv am Befreiungskampf seines Volkes gegen die italienischen und deutschen Besatzer teil. Von den deutschen Faschisten war er in ein KZ gesperrt worden. Llazar Siliqi und seine Künstlergeneration verkörperten die Geburt des Sozialistischen Realismus in Albanien, der in engem Zusammenhang mit dem Kampf des Volkes gegen seine inneren und äußeren Feinde entstanden ist. Auf Llazar Siliqi trifft zu, was Agim Cerga, Sekretär des Schriftsteller- und Künstlerverbandes Albaniens, geschrieben hat: **„Als die albanischen Schriftsteller und Künstler des Sozialistischen Realismus von den Bergen herabstiegen, trugen sie noch auf ihren Schultern den Rauch des Kampfes und in ihren Taschen die Skizzen künftiger Gedichte und Romane.“**

Dem Sozialistischen Realismus ist jeder Schematismus fremd

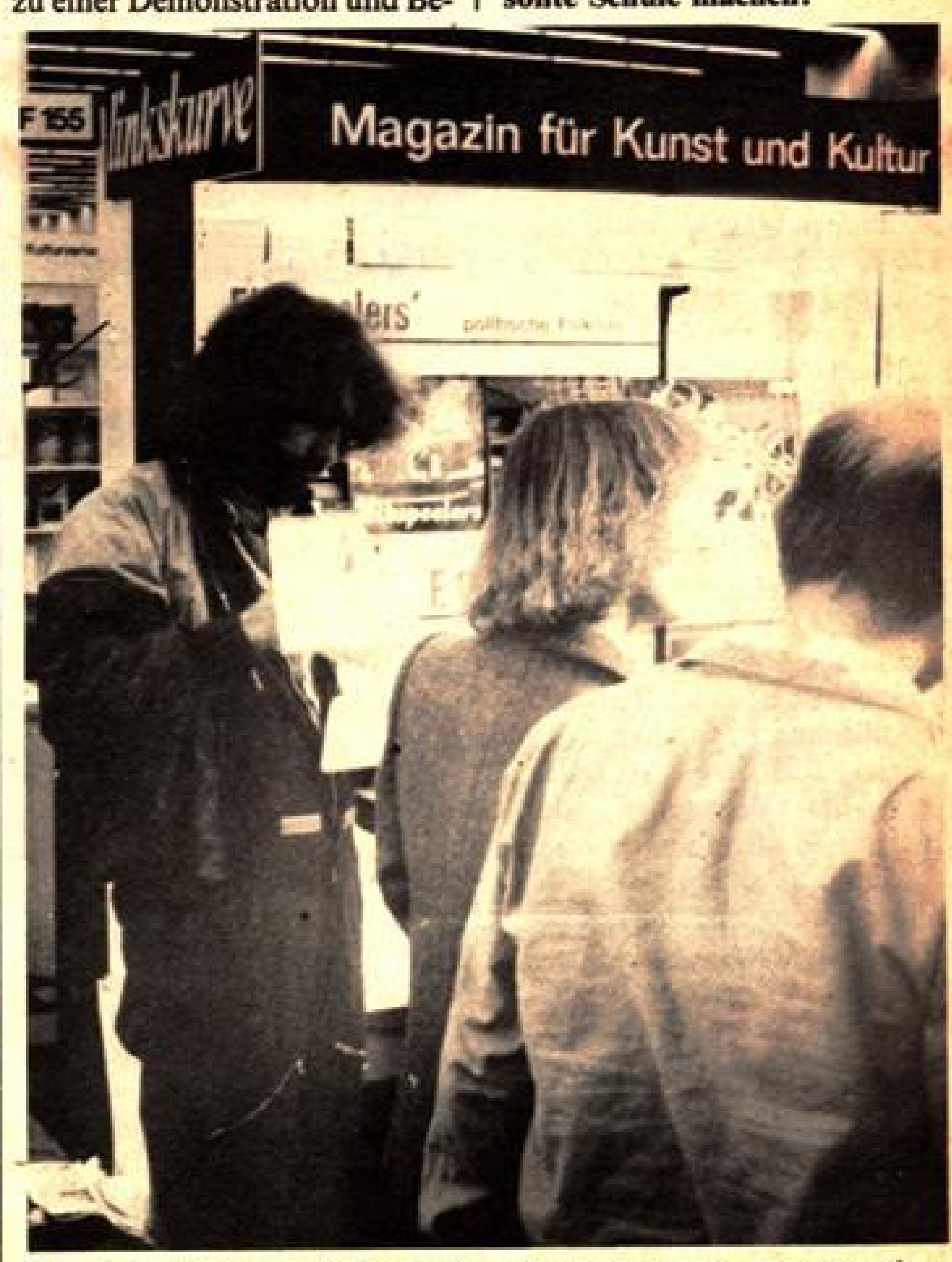
Llazar Siliqi schrieb Gedichte, schuf Opernlibretti und verschiedene Drehbücher, zum Beispiel für den bekannten Film *Kommissar des Lichts*. In seinem Redebeitrag sprach Genosse Llazar Siliqi über den Sozialistischen Realismus und widerlegte eine Reihe von Vorurteilen, die über diese Kunstform im Westen vor herrschen. Aus seinen Worten ging hervor, daß der Methode des Sozialistischen Realismus jeder Schematismus fremd ist, daß Werke des Sozialistischen Realismus vielmehr ausgesprochen lebendig und vielfältig sind, weil sie das Leben und den Kampf des Volkes zum Thema haben.

Hermann Treusch las Kadare

Das wurde besonders deutlich, als der ehemalige Leiter des Frankfurter Theaters am Turm, Hermann Treusch, und die Schauspielerin Rotraut De Neve, Schauspielhaus Frankfurt, aus albanischer Literatur vorlasen. Insbesondere der Vortrag von Treusch — er las aus dem Schlußkapitel des Kadare-Romans *Der General der toten Armee* — schlug das Publikum in seinen Bann. De Neve und Treusch waren für die im Programm angekündigte Schauspielerin G. Trowe kurzfristig eingesprungen.

Überhaupt wurde Kultur an diesem Abend ganz groß geschrieben, was gewiß kein Fehler war. Im Gegenteil, sämtliche künstlerischen Vorträge wurden zu einer Demonstration und Bekräftigung der deutsch-albanischen Freundschaft. Das gilt für die Hamburger Gruppe *Blinkfüer*, die das Publikum mit Tänzen und folkloristischen Liedbeiträgen unterhielt, das gilt in besonderem Maße für den Violinkonzert von Pjeter Gaçi, das von Josef Ackermann, Dozent am Frankfurter Konservatorium (Violine) und Gerhard Stäbler (Klavier) vorgetragen wurde. Der starke Beifall im Anschluß an die virtuose Darbietung sollte den Veranstaltern Ermutigung sein, weiter diesen Weg zu beschreiten.

Und es ist bestimmt keine Phrase, wenn abschließend festgestellt wird, der Frankfurter Kulturabend war ein wichtiger Schritt zur weiteren Festigung der deutsch-albanischen Freundschaft, nicht zuletzt deshalb, weil verschiedene prominente Kulturschaffende ihre Fähigkeiten in den Dienst dieser Sache gestellt haben. Das sollte Schule machen!



Stand des Verlages *Neue Zeit* auf der Frankfurter Buchmesse.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

14 Prozent weniger Jugendliche in der Chemie-Industrie

Jugendvertretung in Gefahr!

Rote Garde fordert Ausweitung des Wahlrechts

Sterben die Jugendvertreter aus? Den nackten Zahlen nach zu urteilen sieht es fast so aus. In der Chemiebranche beispielsweise ging die Zahl der Jugendlichen unter 18 Jahren um 2 393 auf 14 734 zurück. Das sind runde 14 Prozent. Und das alles bei einem gleichzeitigen Ansteigen der Zahl der Ausbildungsplätze und -betriebe.

Für die IG Chemie „ergibt sich langfristig das Problem, daß bei einer immer kleiner werdenden Zahl Jugendlicher unter 18 Jahren spätestens Ende der 80er Jahre der Bestand der Jugendvertretungen insgesamt gefährdet ist."

Altersgrenze beim Wahlrecht muß fallen!

Hat der Pillenknick nun auf Jungarbeiter und Lehrlinge durchgeschlagen? Keineswegs — die Einführung des zehnten Schuljahrs sowie des Berufsgrundbildungsjahres haben zur Folge, daß ein immer größerer Teil der Lehrlinge bereits 17 Jahre alt ist, wenn er mit der Ausbildung beginnt. Das Betriebsverfassungsgesetz gibt Auskunft, wer bei der Wahl zur Jugendvertretung Stimmrecht hat: „Wahlberechtigt sind alle jugendlichen Arbeitnehmer des Betriebs" (Paragraph 61) und in Paragraph 60 ist definiert, daß man darunter junge Kollegen zu verstehen hat, „die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben". **Im Klartext: Lehrlinge, die bereits 18 oder älter sind, dürfen an der Wahl zur Jugendvertretung nicht mehr teilnehmen, obwohl sie haargenau dieselben Probleme haben wie die jüngeren Auszubildenden.**

Gerade im Bereich der Chemieindustrie erheben viele Jugendvertreter seit langem die Forderung nach Ausweitung der Rechte der Jugendvertretungen. Sie sollen in Zukunft nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für alle Auszubildenden, die 18 und älter sind, zuständig sein. Man kann sich denken, daß die Unternehmer mit diesen berechtigten Forderungen nicht gerade sympathisieren.



Die Jugendlichen im Betrieb brauchen eine Jugendvertretung.

Gewerkschaftsjugend an die Front

Die Hauptkraft im Kampf gegen die Unternehmerschikanen, für die Verteidigung der Jugendvertretung und die Ausweitung ihrer Rechte ist die Gewerkschaft, insbesondere die Gewerkschaftsjugend. Die Unternehmer müssen Druck kriegen, der Gesetzgeber muß Druck kriegen. Nun hat sich endlich auch der Bundesjugendausschuß der IG Chemie zur Frage der Ausweitung der Jugendvertretungsrechte geäußert. Er lehnt alle diesbezüglichen Anträge der Gewerkschaftsjugend **grundsätzlich** ab. Er hat allen Ernstes die Absicht, tatenlos zuzusehen, wie die Jugendvertretungen nach und nach aussterben.

Das Hauptargument: „Uns erscheint es in Zukunft genauso möglich zu sein, daß Auszubildende auf den Betriebsrat Einfluß nehmen und die Durchsetzung ihrer Interessen fordern, wie dies jetzt über die Jugendvertretung dem Betriebsrat gegenüber geschieht."

IG-Chemie-Bonzen gegen Jugendvertretung

Für den Bundesjugendausschuß war die Jugendvertretung wohl von Anfang an eine überflüssige Einrichtung. Auf dieselbe Art könnte man auch gleich den Betriebsrat abschaffen. In Zukunft kann man sich dann direkt an die „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat wenden. Damit ist der Bundesjugendausschuß den Jugendvertretern kaltlächelnd in den Rücken gefallen. Doch der Bundesjugendausschuß ist nicht die Gewerkschaftsjugend, die tagtäglich im Kleinkrieg mit den Unternehmern steht und die die Jugendvertretungen als ihre Interessenvertretung verteidigen will. Nicht nur die Unternehmer, auch die Bonzen müssen Druck von der Gewerkschaftsbasis bekommen. Es steht zu befürchten, daß sich die Gewerkschaftsbonzen gerade deshalb die Jugendvertretung auf elegante Art vom Halse schaffen wollen, weil sie schon öfter Keimzellen für oppositionelle Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaft waren.

Aus Wut über den Verrat der Bonzen das Gewerkschaftsbuch hinschmeißen oder als Jungarbeiter oder Lehrling erst gar nicht in die Gewerkschaft eintreten, weil die Funktionäre in Schlips und Kragen doch nichts gegen die Kapitalisten unternehmen, wäre das Falscheste, was man machen kann. Die Gewerkschaft muß die Jugendvertretungen gegen Bosse und Bonzen verteidigen. KPD/ML und Rote Garde fordern zusammen mit zahlreichen Jugendvertretern: **Ausdehnung der Rechte der Jugendvertretung auf alle Lehrlinge über 18 Jahre!**

Glückauf-Brauerei Gelsenkirchen

Geschäft mit Stillegung

DORTMUND/GELSENKIRCHEN.— Die Konzernherren Der Dortmunder-Union-Schultheiss AG (DUB) spielen skrupellos mit dem Schicksal der Belegschaft der Glückauf-Brauerei in Gelsenkirchen.

Vor einigen Jahren hatte der DUB-Konzern die Brauerei in Gelsenkirchen geschluckt, offenbar von vorneherein in der Absicht, sie auf längere Sicht stillzulegen. Als die Stillegung dann bereits beschlossene Sache war, wurde dies der Belegschaft verheimlicht. Vor einigen Wochen haben sie nun endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Aber seither weigern sie sich, auch nur die geringsten Angaben über den Zeitpunkt der Stillegung zu machen.

Seit 1977 haben die DUB-Bosse die Belegschaft der Glückauf-Brauerei von 169 auf 52 Mann abgebaut. Den 52 Kollegen droht jetzt das Los der Arbeitslosigkeit.

Es gibt Hinweise dafür, daß der DUB-Konzern die Glückauf-Brauerei von vorneherein als Objekt seiner Grundstücksspekulationen gekauft hat. Durch den Verkauf der Grundstücke an die Stadt Gelsenkirchen wollen die DUB-Kapitalisten ein dickes Geschäft

ÖTV-Gewerkschaft in Herne

Gesetzliches Verbot der Aussperrung gefordert

Einstimmiger Beschluß der Kreisdelegierten-Hauptkonferenz

HERNE.— Am 2. Oktober verabschiedete die Kreisdelegierten-Hauptkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Herne einstimmig einen Antrag, in dem das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert wird.

Die Delegiertenkonferenz setzte sich aus 140 Delegierten aller ÖTV-Bereiche zusammen. Der Antrag selbst hat folgenden Wortlaut: *„Die Gewerkschaft ÖTV fordert ein gesetzliches Verbot der Aussperrung und wirkt in diesem Sinn intensiv auf die politischen Parteien und deren Abgeordnete in den Parlamenten ein."*

Die Antragsbegründung lautet: *„Die DGB-Gewerkschaften gehen davon aus, daß sich aus dem Grundgesetz der BRD prinzipiell ein Verbot der Aussperrung ergibt. Zur Sicherung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist ein gesetzliches Verbot der Aussperrung dringend notwendig."*

Die Kreisdelegiertenhauptkonferenz faßte den Beschluß, diesen Antrag an die Bezirksdelegiertenkonferenz weiterzuleiten, die am 17. und 18. Januar 1980 in Münster tagt und von dort aus an den Gewerkschaftstag der ÖTV, der ebenfalls im kommenden Jahr stattfindet.

Siemens-Bosch, Westberlin

RGO-Betriebsrat fristlos entlassen

Reaktion der Geschäftsleitung auf Nachschlagsforderung

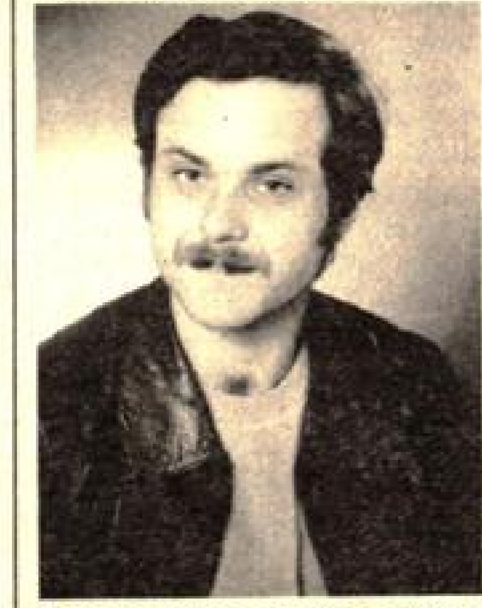
WESTBERLIN.— Am 10. Oktober wurde der Betriebsrat der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), Dieter Müller, im Hausgerätewerk Bosch-Siemens fristlos entlassen.

Dieter Müller, Vater von zwei Kindern, arbeitet seit sechs Jahren im Hausgerätewerk. Seine fristlose Entlassung wird von der Geschäftsleitung mit der fadenscheinigen Behauptung begründet, Dieter Müller habe „gegen die Bestimmungen aus dem Arbeitsvertrag grob verstoßen".

Die wirklichen Gründe für die fristlose Entlassung aber sind kein Geheimnis. Dieter Müller gehört zu den wenigen Betriebsratsmitgliedern, die sich konsequent für die Belange und Forderungen der Kollegen einsetzen. Auf der letzten Belegschaftsversammlung hatte Dieter Müller ein Problem angesprochen, das den Kollegen zur Zeit am stärksten auf den Nägeln brennt: daß nämlich der Lohn hinten und vorne nicht mehr ausreicht und daß es jetzt notwendig ist, einen Lohnnachschlag als Teuerungszulage durchzusetzen. Die Belegschaft reagierte auf die Ausführungen des RGO-Betriebsrates mit großer Zustimmung.

Auf Initiative der RGO-Betriebsgruppe wurde für die Forderung nach Lohnnachschlag eine Unterschriftensammlung im Werk durchgeführt. Dabei kamen 430 Unterschriften zusammen! Dieser Erfolg ist den Siemens-Bosch-Kapitalisten offenbar in die Knochen gefahren. Mit der Entlassung des RGO-Vertreters soll die Belegschaft eingeschüchtert werden.

Schon die Vorbereitung der Entlassung durch die Geschäftsleitung macht dies deutlich. So erschien mehrere Tage vorher ein Vertreter der Personalabteilung wiederholt in den Abteilungen, angeblich um eine „Untersuchung" gegen Dieter Müller durchzuführen. Begründung: Müller stehe im Verdacht, den „Betriebsfrieden" gestört zu haben. Der saubere „Detektiv" versuchte, Kollegen aus Dieter Müllers Abteilung zu der Aussage zu nötigen, sie seien von Müller „gezwungen" worden, ihre Unterschrift für die Nachschlagsforderung herzugeben. Mehrfach wurden Kollegen und Kolleginnen einzeln in das Meisterbüro gerufen, wo man sie in die Mangel nahm. Diese Methoden sprechen für sich. Ein Klima der Angst sollte erzeugt werden.



RGO-Betriebsrat Dieter Müller

Mit der Entlassung Dieter Müllers will die Werksleitung natürlich auch der RGO-Betriebsgruppe einen Schlag versetzen. Ihr wachsender Einfluß in der Belegschaft geht den Bossen inzwischen arg an den Nerv. Vor einigen Wochen bereits hatte die Geschäftsleitung versucht, einen anderen RGO-Betriebsrat, den Kollegen Ludwig Dedek, fristlos zu kündigen, ebenfalls unter fadenscheinigen Vorwänden. Diese Entlassung konnte jedoch vereitelt werden. Der Entlassungsantrag fand im Betriebsrat keine Mehrheit. Einige Betriebsräte der IG-Metall-Liste hatten sehr zum Ärger ihrer Listenkollegen, der reaktionären Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Kahl, gegen den Antrag gestimmt.

In diesem Fall aber scheint Kahl seine Schäfchen auf Vordermann gebracht zu haben. Alle 15 Betriebsräte der IGM-Liste haben dem Entlassungsantrag zugestimmt. Dieses Verhalten von Betriebsfunktionären der IG Metall ist einfach ein Skandal! Das heißt doch, den Bossen ganz offen und unverschämt bei der Niederbügelung der berechtigten Forderungen der Belegschaft und bei der Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivität zu helfen!

In der Belegschaft hat die schmutzige Haltung der IGM-Betriebsräte Empörung hervorgerufen, teilweise aber auch eine gewisse Resignation. „Wenn schon die Gewerkschaft mit den Unternehmern unter einer Decke steckt...", sagen manche Kollegen resigniert. Auf diese Auswirkung seines Verhaltens scheint der gekaufte Kapitalistenknecht Kahl ganz bewußt zu spekulieren.

Die Rechnung der Bosse und Bonzen jedoch wird nicht aufgehen. Die Betriebsgruppe der RGO nahm sofort entschlossen den Kampf gegen die Entlassung auf. Ein Flugblatt wurde vor den Toren verteilt. Dieter Müller selbst verteilte an Kollegen Unterschriftenlisten, mit denen der Protest gegen die Entlassung und die Forderung nach ihrer Zurücknahme unterstützt werden kann. Die RGO führte vor dem Werk eine Kundgebung durch. Bereits jetzt haben sich viele Kollegen solidarisch erklärt. Einige Kollegen haben sich schon bereit erklärt, als Zeugen beim Arbeitsgericht auszusagen.

Die RGO-Betriebsgruppe kündigte weitere Aktionen für die Wiedereinstellung des entlassenen Betriebsrats an. Natürlich wird Dieter Müller auch vor dem Arbeitsgericht um sein Recht kämpfen.

Solex Westberlin

200 Mark mehr für alle gefordert

WESTBERLIN.— 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 200 Mark mehr für alle, fordert der Vertrauenskörper der IG Metall bei Solex in Westberlin.

Diese Forderung richteten die Vertrauensleute in einem einstimmig angenommenen Antrag zur kommenden Lohntarifrunde an den IGM-Vorstand. In dem Antrag wird ferner der Wegfall der Lohngruppe 1 gefordert.



DGB-Kundgebung 1978: Die Kollegen fordern das Verbot der Aussperrung.

Entwurf für DGB-Grundsatzprogramm verabschiedet

Furcht vor demokratischer Diskussion

Streit hinter verschlossenen Türen

Um den Programmentwurf hatte es derart zähe Auseinandersetzungen in den Spitzengremien des DGB gegeben. Bereits der 9. und 10. Bundeskongreß des DGB hatte die Neuformulierung des Grundsatzprogramms in Auftrag gegeben.

Auf dem 11. Bundeskongreß, der im Mai 1978 in Düsseldorf tagte, hätte ursprünglich bereits die Verabschiedung des neuen Programms erfolgen sollen. Vetter mußte jedoch mit leeren Händen vor den Kongreß treten. In Düsseldorf wurde als neuer Termin für die Verabschiedung der 12. ordentliche Bundeskongreß 1980 festgelegt. Inzwischen aber hat man die Sache erneut um ein Jahr hinausgeschoben. Man will dafür nun einen außerordentlichen Kongreß einberufen.

Wo liegen die Widersprüche? Handelt es sich bei den Auseinandersetzungen in der DGB-Spitze um prinzipielle Gegensätze? Stand die Frage etwa so: *„Revolutionäre Gewerkschaftspolitik kontra Zusammenarbeit mit den Kapitalisten?"*

Um diesen prinzipiellen Gegensatz, der sich in zunehmendem Maße als Kern der innergewerkschaftlichen Krise des DGB erweist, ging es im DGB-Vorstand natürlich nicht, konnte es gar nicht gehen.

Die DGB-Bosse hüteten sich sehr, ihre Auseinandersetzungen um die Neufassung des Grundsatzprogramms „auf den offenen Markt", will sagen, in demokratischer Weise an die gewerkschaftliche Basis zu tragen. Man stritt sich hinter verschlossenen Türen. Man wollte den Programmentwurf unbedingt ohne Diskussion auf den unteren Ebenen des Funktionärskörpers und in den Betrieben verabschieden.

Aus Furcht vor einer demokratischen Auseinandersetzung, vor den Argumenten und Forderungen der klassenkämpferischen Kollegen und der revolutionären Opposition, sollten die Weichen ausschließlich von oben gestellt werden.

Die Schwierigkeiten der DGB-Bonzen

Seit der Verabschiedung des jetzigen Grundsatzprogramms im Jahr 1963 haben sich die Klassengegensätze in der Bundesrepublik verschärft. Die Krise des Kapitalismus ist offen zum Ausbruch gekommen. Es hat große Streikbewegungen, teils gegen den offenen Widerstand der reaktionären DGB-Führung, gegeben. Die Massenarbeitslosigkeit, die frontalen Angriffe der Reaktion auf die Gewerkschaftsbewegung, etwa in Form der Aussperrungen in den letzten Jahren, das offene Auftreten von Reaktion und Faschismus, — all dies ist nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung geblieben.

Das Klassenbewußtsein der Arbeiter und kleinen Angestellten ist gegenüber 1963 zweifellos gewachsen. Es hat eine Politisierung und Radikalisierung stattgefunden. Im DGB hat sich seit den Septemberstreiks 1969 eine zunehmend selbstbewußte, klassenkämpferische Opposition gegen die reaktionäre Führung und gegen die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern formiert. An der Spitze der oppositionellen Strömung steht die erst vor einem Jahr gegründete Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition. Die RGO ist sicherlich noch relativ schwach. Aber sie stützt sich auf die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit den DGB-Bonzen und ihrer arbeiterfeindlichen Politik. Die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ) beschreibt die Schwierigkeiten der DGB-Bonzen bei der Erstellung des neuen Grundsatzprogramms so:

„Eine schlecht vorbereitete Diskussion könnte — so wird befürchtet — dann einem für die Gewerkschaften verbindlichen Programmpapier Vorschub leisten, das linken Gruppen ungeahnte Aktionsräume eröffnet..."

Die in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" angekündigte dritte Folge unserer Serie über die Septemberstreiks '69 kann aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe erscheinen.

Das ist der Hintergrund, auf dem sich die Auseinandersetzungen um das Programm innerhalb der Führungsmannschaft vollzogen haben. Bei dieser Auseinandersetzung scheint sich der offen reaktionäre rechte Flügel gegenüber den Vertretern einer linksgefärbten reformistischen Spielart der Klassenzusammenarbeit durchgesetzt zu haben. Das zeigt sich etwa an der Mitbestimmungsfrage.

Mitbestimmung und Unternehmerfreiheit

Im jetzigen Grundsatzprogramm wird die Mitbestimmung noch als Ausgangspunkt für eine *„Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft"* bezeichnet. Im jetzt verabschiedeten Programmentwurf hingegen wurde die *„Umgestaltung der Gesellschaft"* gestrichen. Jetzt ist nurmehr von einer *„Umgestaltung der Wirtschaft"* die Rede. Sie soll *„die Arbeitnehmer gleichberechtigt an wirtschaftlichen Entscheidungen teilnehmen"* lassen.

Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung war die Frage der *Investitionskontrolle*. Die „linken" Bonzen wollen Investitionskontrolle als reale Kontroll- und Eingriffsmöglichkeit des Staates und der Gewerkschaften in bezug auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmer verstanden wissen. Demgegenüber ist im neuen Programmentwurf lediglich von Informationspflicht der Unternehmer die Rede, und es wird ausdrücklich *„das Recht der Unternehmer auf freie Entscheidung"* hervorgehoben.

Der jetzige Programmentwurf ist nicht minder als das noch geltende Programm gegen jede konsequente Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse gerichtet. Die Bandbreite, auf der sich die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der DGB-Führung bewegen, reicht lediglich von offen reaktionären Positionen, offener Bejahung des kapitalistischen Ausbeutersystems bis zu scheinradikalen, reformistischen Positionen. Eine grundsätzliche Kritik an der Politik der Klassenzusammenarbeit und des Arbeiterverrats steht in diesem Kreis nicht zur Debatte.

Eine solche Kritik muß jetzt von den fortschrittlichen und revolutionären Kollegen entfacht werden. DGB-Chef Vetter hat erklärt, die Diskussion um den Programmentwurf solle jetzt „bis unten hin" in die Ortsgruppen der Einzelgewerkschaften getragen werden. Sorgen wir dafür, daß diese Diskussion zur weiteren Entlarvung und Isolierung der DGB-Bonzen und ihrer arbeiterfeindlichen Politik und zur Stärkung der revolutionären Opposition beiträgt.



Die klassenkämpferische Opposition gegen die DGB-Bonzen hat sich in den letzten Jahren machtvoll entwickelt. Immer mehr Kollegen wehren sich gegen die Politik der Sozialpartnerschaft und der Abwürgung der Kämpfe der Arbeiter und kleinen Angestellten. Die Forderung nach einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik erhebt sich zunehmend heftiger an der Gewerkschaftsbasis. Unser Foto zeigt streikende Stahlarbeiter, die im Januar 1979 vor der Mülheimer Stadthalle gegen den Verrat an ihrem Kampf für die 35-Stunden-Woche demonstrieren.

Zum Inhalt des Programmentwurfs

Verteidigung der Ausbeutung — Verrat an Arbeiterforderungen

DÜSSELDORF — Am 2. Oktober verabschiedete der DGB-Bundesvorstand einstimmig einen Entwurf für das neue Grundsatzprogramm des DGB. Im April 1981, also in ca. anderthalb Jahren, soll dieser Entwurf einem außerordentlichen DGB-Kongreß zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Neu an dem vom DGB-Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf für das neue Grundsatzprogramm sind eigentlich nur die veränderte Gliederung sowie bestimmte zusätzlich aufgenommene Abschnitte, wie etwa der über Umweltverschmutzung. Ansonsten gibt es keine wesentlichen Unterschiede.

Auf der Grundlage der Ablehnung des revolutionären Klassenkampfes sowie einer antimarxistischen, bürgerlichen Betrachtung der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird eine Unmenge von sozialpolitischen Fragen angesprochen. In Form von frommen Wünschen oder utopischen Reformvorstellungen wird zu ihnen Stellung genommen. Sofern an richtigen Forderungen der Arbeiterbewegung angeknüpft wird, die aus dem Klassenkampf entstanden sind, werden diese meist abgeschwächt oder derartig verstümmelt, daß sie mit der reformistischen Sozialpartneridylle harmonieren, die den Grundzug des Programmentwurfs bildet.

Bezeichnend für seinen Charakter ist die Tatsache, daß das Wort „Ausbeutung" im ganzen Programmentwurf nicht ein einziges Mal auftaucht. Daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten nach wie vor die Grundlage der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung in der Bundesrepublik darstellt, wird mühevoll vertuscht und verschleiert. Da heißt es beispielsweise:

„Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde sind auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden. Leiharbeit ist zu verbieten. Die Arbeit des einzelnen ist auch eine persönliche Leistung für die Gesellschaft."

Fromme Wünsche! Was schert sich denn ein Kapitalist um die Persönlichkeit des Arbeiters? Wie läßt sich die Achtung seiner Persönlichkeit denn mit den kapitalistischen Verhältnissen vereinbaren, in denen die Lohnarbeit der Ausbeutung, der Profitmaximierung unterworfen ist? Solange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht zerschlagen, solange das Privateigentum an den Fabriken und sonstigen Produktionsmitteln nicht aufgehoben ist, ist es keine Frage der Wertung durch besonders böse Unternehmer, daß die Arbeitskraft eine Ware ist, sondern handfeste gesellschaftliche Realität.

„Gerechte Vermögensverteilung"

Die DGB-Bonzen wollen uns weismachen, Ausbeutung komme in der BRD nur als Entgleisung vor, als durch einzelne Kapitalisten persönlich herbeigeführter Auswuchs. Die Arbeitskraft werde nur im Falle von Leiharbeit oder in besonders rückständigen Firmen „als Ware gewertet". So müssen sie die Realität ignorieren und verdrehen, weil die Konsequenz ansonsten wäre, daß nicht Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft, sondern der revolutionäre Klassenkampf etwas ändert. Die DGB-Bonzen aber möchten den Kapitalismus vor dem Kampf der Arbeiterklasse schützen.

Unter dem Stichwort „Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung" heißt es in dem Programmentwurf:

„Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit."

Ist es etwa gerecht, wenn die Arbeiter vom Ertrag ihrer Arbeit nur einen Anteil (sei er auch größer als jetzt) erhalten? Ist es gerecht, daß das, was die Arbeiter schaffen, von den Kapitalisten in Besitz genommen wird?

Die DGB-Bonzen wollen nicht zugeben, daß im Kapitalismus eine „gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung" nie und nimmer existieren kann. Die Arbeiter erhalten im besten Falle (in Form ihres Lohnes) das, was sie brauchen, um ihre Arbeitskraft wieder herzustellen. Den Mehrwert, den sie darüber hinaus produzieren und der einen immer höheren Anteil am „Ertrag ihrer Arbeit" ausmacht, eignen sich die Kapitalisten an. Diese Ungerechtigkeit kann einzig und allein durch die Revolution, durch die Enteignung der Kapitalisten und die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum aus der Welt geschafft werden.

Typisch für den Programmentwurf ist auch die Erklärung, *„ungerechtfertigte Preis- und Gewinnsteigerungen"* müßten bekämpft werden. Frage an die DGB-Bonzen: Welche Preis- und Gewinnsteigerungen sind denn überhaupt gerechtfertigt? Worin liegt denn das Recht der Kapitalisten begründet, aus der Arbeit anderer Gewinn zu ziehen?

Kein Wort gegen Atomkraftwerke

Weil die DGB-Bonzen das kapitalistische System verteidigen, üben sie auch Verrat am Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror, für die Verteidigung und Ausweitung der demokratischen Rechte sucht man in dem Programmentwurf vergebens, oder aber sie sind verstümmelt. Dafür einige Beispiele:

- Es wird lediglich schwammig das Verbot der Aussperrung gefordert. Die eindeutige Forderung nach dem gesetzlichen Verbot durch den Bundestag wird nicht gestellt.
- Zwar ist in den Programmentwurf ein Abschnitt über Umweltschutz neu aufgenommen. Aber konkrete Forderungen werden darin nicht gestellt. Ja, die DGB-Bonzen bringen es fertig, in dem ganzen Abschnitt mit keinem einzigen Wort auf das mörderische Bonner Atomprogramm einzugehen. Die Frage der Atomenergie wird völlig ausgelassen, geschweige denn, daß die Stillegung der bestehenden und das Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke gefordert würde.
- In der Präambel des Programmentwurfs wird ein Bekenntnis zum Bonner Kapitalistenstaat abgelegt. Es wird das Grundgesetz gelobt, das angeblich „den Rahmen für eine freiheitliche, soziale und demokratische Gesellschaft" abgibt. Zweideutig wird erklärt, die Gewerkschaften müßten sich „gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr setzen". Aber kein Wort wird über den fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte, über die Gefahr der erneuten Errichtung einer faschistischen Diktatur verloren. Konkrete Forderungen in dieser Richtung fehlen völlig, wie etwa die Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen oder nach der Abschaffung der Berufsverbote.

In der Zeit vom 14. bis zum 23. September fand im Gebiet zwischen Weser und Ems das Herbstmanöver „Harte Faust" statt. 60000 westdeutsche, amerikanische, niederländische und dänische Soldaten mit 18700 Fahrzeugen probten den Krieg. Vier Tote sind zu beklagen. Während die Manöverleitung die Schäden mit 1,5 Millionen Mark beziffert, dürften sie in Wirklichkeit das Zehnfache betragen.

Mitglieder der Revolutionären Landvolk-Bewegung (RLB) von Weser-Ems verbreiteten ein Extrablatt der Zeitung *Freies Landvolk*, das die Bauern zum aktiven Widerstand gegen den Manöverterror aufruft. Ein Korrespondent des *Roten Morgen* war mit von der Partie; hier sein Bericht:

Herbstmanöver „Harte Faust"

Krieg im Frieden

Korrespondenz aus dem Weser-Ems-Gebiet

Wir trafen uns vormittags gegen 10 Uhr. Unsere erste Aufgabe bestand darin, bis zum frühen Nachmittag das Gebiet herauszufinden, wo die eigentlichen Kampfhandlungen stattfinden. Schließlich war es wichtig, an die **betroffenen** Bauern heranzukommen.

Kurz vor dem Küstenkanal auf der Höhe von Oldenburg waren wir plötzlich mitten im umkämpften Gebiet. Die Panzerformationen hatten deutlich Spuren hinterlassen; wir fuhren an einem umgefahrenen Verkehrsschild vorbei, sahen tiefe Panzerspuren in der zum Teil unter Naturschutz stehenden Moorlandschaft. Streckenweise war die Straßendecke von Panzerketten regelrecht aufgewühlt.

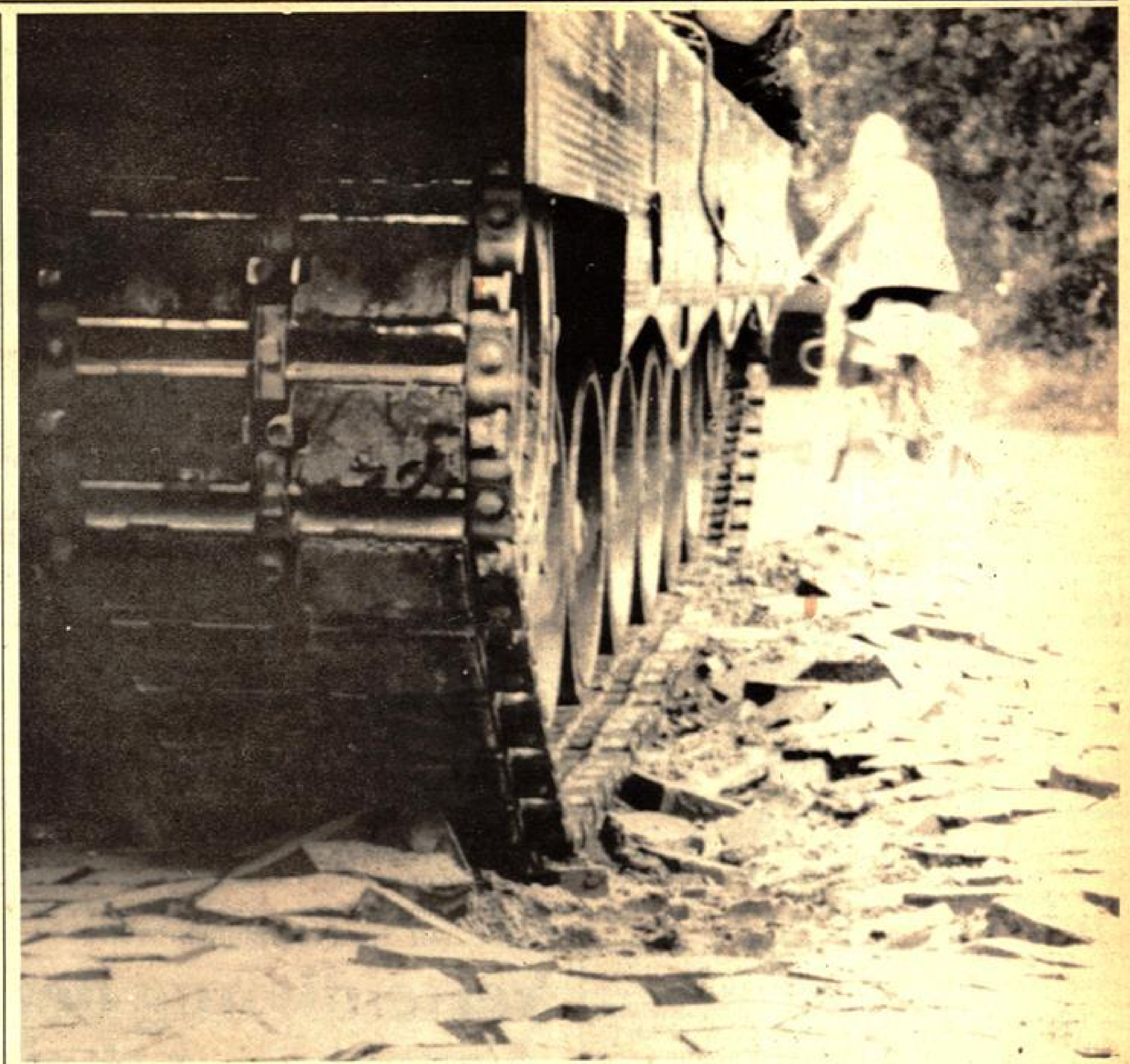
In Neumarkthausen konnten wir beobachten, wie ca. 30 Leopardpanzer etwa zwei Kilometer des Fußgänger- und Radfahrweges dem Erdboden gleichmachten.

Nachmittags ging's dann mit dem Verteilen los. Wir fuhren von Bauernhof zu Bauernhof, und oft standen die Bauern vor der Tür und nahmen uns direkt das Flugblatt ab. Bei seinem Nachbarn seien die Panzer gerade eben durch ein Maisfeld gewalzt und hätten einen großen Teil der Ernte zerstört, erzählte uns ein Bauer. Er meinte, die Überschrift des Extrablattes „Manöverterror — Krieg im Frieden" träfe den Nagel genau auf den Kopf.

Zum Quartiermachen besetzten die Kampfeinheiten regelrecht die Höfe. Meist waren die Bauern dann noch zur Arbeit auf der Weide, so daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Kurz nach Einbruch der Dämmerung hatten wir unser Soll erreicht. Wir hatten 150 Extrablätter Hof für Hof abgegeben.

Auf dem Heimweg — mittlerweile war es dunkel geworden — sahen wir überall nur unzureichend beleuchtete Panzer und Lastwagen am Straßenrand stehen. Am gleichen Abend raste ein Autofahrer auf einen unbeleuchteten Militärtransporter. Er war auf der Stelle tot. Über die Bundesstraße 69 fuhren wir zurück nach Oldenburg. In der Ferne hörten wir das Gedröhn der Panzer. Für so manchen Landbewohner mag es eine schlaflose Nacht geworden sein.



In Neumarkthausen konnten wir beobachten, wie Leopardpanzer etwa zwei Kilometer des Fußgänger- und Radfahrweges dem Erdboden gleichmachten. Streckenweise war die Straßendecke regelrecht aufgewühlt.



Ertappt! Bei Einbruch der Dunkelheit „planiert" dieser Panzer die Uferböschung eines Wirtschaftsweges. Geschätzter Schaden: Mehrere tausend Mark!

Zerstörungen und Verwüstungen

(Aus dem Extrablatt der Zeitung *Freies Landvolk*)

Panzerketten fressen sich auf unseren Äckern und Weiden tief in den Boden hinein und reißen bis zu einem halben Meter tiefe Furchen. Ein so manövergeschädigter Boden ist über Jahre hinaus in Mitleidenschaft gezogen und bringt nur geringe Erträge. Einfach die Panzerspuren einzuebnen, damit ist es nicht getan. In der Regel ist der tote Boden nach oben und die Bodengarre nach unten gewühlt worden. Es vergehen Jahre, bis der tote Boden mit neuem Leben erfüllt ist und wieder gute Erträge bringt. Wie ein Hohn liest es sich dann in den Zeitungen, daß für eine 500 Meter lange Panzerspur im Kartoffelacker 200 bis 240 Mark bezahlt werden als Entschädigung. Damit ist noch nicht einmal der Verlust der Kartoffeln selbst abgedeckt. Von der Wiederherstellung des Ackers und von den Ertragsminderungen in den folgenden Jahren ganz zu schweigen.



Ein umgefahrenes Verkehrsschild kurz vor dem Küstenkanal auf der Höhe von Oldenburg; wir befanden uns mitten im umkämpften Gebiet.



Dieser Leopardpanzer richtet innerhalb von 30 Sekunden einen Flurschaden von über 1000 Mark an. Bis zu einem halben Meter tief graben sich die Panzerketten in den Boden und pflügen den fruchtbaren Boden unter.

Kampf dem Manöverterror

(Aus dem Extrablatt der Zeitung *Freies Landvolk*)

Es gilt zu verhindern, daß es überhaupt erst zu solchen Beschädigungen kommt, denn letzlich zahlen wir dann doch die Zeche! Schließt Euch mit den Nachbarn zusammen, sperrt die Wirtschaftswege mit Gerätschaften und stellt entsprechende Schilder auf, aus denen deutlich hervorgeht, daß hier der Manöverterror unerwünscht ist. Kommt es zu Verwüstungen, laßt Euch nicht einzeln abspeisen, sondern stellt gemeinschaftlich die Forderung nach gerechter Entschädigung. Gemeinsam sind auch wir Bauern stark! Fotografiert die Schäden und merkt Euch die Verursacher!

Umfrageergebnisse

Die Kandidatur von Strauß verschlechtert CDU-Wahlchancen

Neuen Meinungsumfragen zufolge sind seit der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU die Erfolgsaussichten der beiden Parteien für die Bundestagswahl 1980 gesunken. Die reaktionäre Kamarilla um Strauß scheint sich etwas verrechnet zu haben.

Strauß ist mit dem Anspruch angetreten, als „starker Mann" die CDU/CSU 1980 zu einem Wahlsieg führen zu können. Er ist angetreten als Repräsentant des deutschen Großkapitals, mit einem extrem arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Programm, auf das er die CDU verpflichtet und gleichgeschaltet hat. Er ist angetreten als Kristallisations- und Sammelpunkt rechter Kräfte und Strömungen. Seine Methode ist die Spekulation mit dem Antikommunismus und der Krisenfurcht.

Allerdings ging bereits seine Nominierung nicht ohne Reibereien ab. Eine Anzahl mehr oder weniger prominenter CDU-Mitglieder verweigerten ihm die Gefolgschaft: etliche traten gar aus der CDU aus. Strauß' Kandidatur löste massive Proteste demokratischer Kräfte im In- und Ausland aus. Schließlich zeigten die Demonstrationen Tausender in Essen, Köln, Bochum, Herne und Bremen, daß viele Menschen nicht gewillt sind, einen Strauß als Kanzler kampflos hinzunehmen. Trotz (beziehungsweise infolge) Strauß' spaktakulärem Auftritt verlor die CDU bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft zwei Sitze im Parlament.

Nun haben auch Umfragen des Offenbacher Marplan-Instituts ergeben, daß sich die Wahlchancen der CDU/CSU durch die Kandidatur von Strauß nicht verbessert haben; im Gegenteil. Das Ansehen von Strauß hat sich selbst bei den eigenen Wählern merklich verschlechtert. Strauß' Beliebtheit ist geringer als die der CDU. Diese Ergebnisse wurden durch Untersuchungen des unionsfreundlichen Allensbach-Instituts nur bestätigt.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung — ungeachtet aller Versuche eines Schmidt oder eines Vetter, Strauß salonfähig zu machen — eine rechtsradikale und faschistische Politik ablehnen. Sie zeigen — entgegen allen Versuchen, die Kanzlerschaft von Strauß als unabweichliches Verhängnis darzustellen —, daß diesem angeblich „starken Mann" Grenzen gesetzt sind.

Völlig verkehrt wäre es jedoch, im Vertrauen auf die festgestellten Wählertrends die Sache auf sich beruhen zu lassen und den Kampf gegen Strauß und seinen Kanzleranspruch einzustellen. Strauß ist der Repräsentant bestimmter wirtschaftlicher Kreise; hinter ihm stehen mächtige und finanzstarke Kräfte, die schon mehr als einmal bewiesen haben, daß sie zur Durchsetzung ihrer Pläne vor keinem Verbrechen, keiner Untat zurückschrecken. Außerdem: Wer garantiert, daß die SPD nicht mit Strauß gemeinsame Sache macht und ihm etwa in einer neuen Großen Koalition zur Macht verhilft? — Die demokratischen und antifaschistischen Kräfte müssen der Kanzlerkandidatur von Strauß ihre kämpferische Volksfront entgegenstellen.

Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg! — Stoppt Strauß!

Niedersachsen: Neuer Polizeigesetzentwurf

Einsatz schwerer Waffen durch die Hintertür

HANNOVER.— In der Frage der Bewaffnung der Polizei mit schweren Waffen hat die niedersächsische Landesregierung ihren Polizeigesetzentwurf vom Sommer revidiert. Die Polizei wird nun doch nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet. Stattdessen soll der polizeiliche Einsatz von Bundesgrenzschutz „in besonderen Situationen" ermöglicht werden.

Ihr Vorhaben, die Polizei mit schweren Waffen auszurüsten, hatte die Landesregierung mit sogenannten „fiktiven Situationsberichten" zu untermauern versucht. In diesen Berichten waren in der Art von James-Bond-Filmen Situationen dargestellt, die den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten nötig erscheinen lassen sollten. Immer ging es um die Abwehr phantastischer terroristischer Aktionen. — Nun mußte selbst der niedersächsische Innenminster Möcklinghoff die Haltlosigkeit und Lächerlichkeit dieser Berichte zugeben. Er mußte eingestehen, daß gerade die „fiktiven Situationsberichte" ihm deutlich gemacht hätten, daß keine Situationen denkbar seien, die von der Polizei nur unter Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten bewältigt werden könnten.

In dem neuen Gesetzentwurf ist daher die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen offiziell gestrichen worden. Die Politiker wollen jedoch auf den Einsatz schwerer Waffen für „polizeiliche Aufgaben" nicht verzichten. Sie versuchen nun mit dem neuen Gesetzentwurf ihren Gebrauch sozusagen durch die Hintertür wieder einzuführen: In besonderen Notfällen" soll der Bundesgrenzschutz für polizeiliche Aufgaben in Niedersachsen eingesetzt werden können.

Nach den Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfs sind bei derartigen Einsätzen „besondere Waffen" für den Bundesgrenzschutz zugelassen. Bei diesen Waffen — erklärte ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums — handelt es sich nicht nur um Handgranaten und Maschinengewehre, sondern auch um andere Waffen, über die der Bundesgrenzschutz verfügt, namentlich Gewehrgranaten und andere panzerbrechende Waffen. — Also nicht nur ein Offenhalten des Einsatzes schwerer Waffen durch die Hintertür ist es, was die niedersächsische Landesregierung mit dem neuen Gesetzentwurf anstrebt, sondern sogar die Bereitstellung eines erweiterten Arsenals schwerer Waffen.

Daß aber dieses ganze kriegsmäßige Arsenal von Maschinengewehren, Handgranaten, Gewehrgranaten und Panzerfäusten auf mehr als nur auf die „Bekämpfung" eines Häufleins von Terroristen abgestimmt ist, liegt auf der Hand. Die Zielgruppe ist weitaus umfassender. Das ließ schon der erste Entwurf des Gesetzes im Sommer klar erkennen. Die Polizeikräfte sollen auf eine Phase schwerer Kämpfe der Werktätigen gegen diesen Staat vorbereitet werden. Nicht für Terroristen sind die schweren Waffen bestimmt, sondern für die Bevölkerung.

Es ist eine Tatsache, daß die Polizei aller Bundesländer, auch in Niedersachsen, den Einsatz gegen Demonstranten und Fabrikbesetzungen übt. Gerade in Niedersachsen werden von der Polizei regelmäßig sogenannte Verbandsübungen durchgeführt, bei denen der Einsatz geschlossener Verbände gegen „Angreifer" geübt wird. Ähnliche Gesetze wie der niedersächsische Gesetzentwurf wurden schon in den Bundesländern Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen sowie in Westberlin als Entwurf vorgelegt, verabschiedet oder sind sogar, wie in Bayern, schon in Kraft getreten.

Altnazis in Höchst

FRANKFURT/HÖCHST.— **Ehemalige Reichsarbeitsdienstführer wollten am 6. Oktober in aller Stille ein Traditionstreffen abhalten.** Doch daraus wurde nichts. Der Antifaschistische Arbeitskreis rief mit einem Flugblatt zur Protestkundgebung auf, an der sich dann hundert Menschen beteiligten. Bei der Kundgebung sprach ein Sprecher des Arbeitskreises und ein Vertreter der VVN. Außerdem sangen die Rotkehlchen, eine Musikgruppe der Falken, antifaschistische Lieder.

Unna /Kamen

Schluß mit der Verfolgung von NPD-Gegnern

Verschiedene Künstler, Politiker, Journalisten und Gewerkschafter sind mit einer *Erklärung zu den Ermittlungsverfahren und Prozessen gegen Antifaschisten im Raum Unna/Kamen* an die Öffentlichkeit getreten. Im Rahmen der antifaschistischen Aktivitäten anläßlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht am 4. November 1978 waren im Anschluß an zum Teil bewaffnete Nazi-Provokationen 20 Antifaschisten im Raum Unna/Kamen festgenommen worden. Einigen Angeklagten drohen Freiheitsstrafen. Die Unterzeichner der Erklärung fordern:

- **Keine Strafverfolgung von NPD-Gegnern im Zusammenhang mit den Kundgebungen und Demonstrationen am 4. 11. 1978 in Unna und Kamen gegen neofaschistische Aufmärsche!**
- **Einstellung aller Prozesse und Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten in dieser Angelegenheit!**
- **Einstellung aller seitens der NPD angestrengten Beleidigungsklagen gegen Antifaschisten!**

(weitere Informationen: D. Schulze-Marmeling, Hornstr. 30, 44 Münster)



Nazi-Kundgebung am Düsseldorfer Schauspielhaus

Kein Fußbreit den Faschisten

400 Antifaschisten — 800 Polizisten



Ein jämmerliches Häufchen von ca. 30 NPD-Faschisten hatte sich am Samstag, den 13. Oktober, gegen 11 Uhr vor dem Schauspielhaus versammelt. Sie hatten sich hinter einer Reihe von Doppelgattern verschanzt; die Antifaschisten, etwa 400 an der Zahl, sollten auf sichere Distanz gehalten werden. Trotzdem mußten die Nazis sich pausenlos vor heranfliegenden Eiern schützen, die aus den Reihen der Antifaschisten — darunter Genossen der Partei und der Roten Garde — geflogen kamen.

Die Düsseldorfer Behörden hatten bis zu 800 Polizisten hatten 800 Polizisten zum Schutz der Nazis aufgeboten. Auch die berüchtigten MEKs (Mobiles Einsatzkommando) standen bereit, um den Faschisten im Falles eines Falles zu Hilfe zu kommen. Als gegen Ende der Kundgebung ein Nazi plötzlich ein Messer zückte, kam es zu einer Schlägerei. Die Polizei nahm einen Antifaschisten (!) und den Nazi fest. Mit einer Demonstration zum Polizeipräsidium, an der ca. hundert Mann teilnahmen, erzwangen die Antifaschisten die Freilassung ihres Genossen. Der Faschist blieb vorläufig in Polizeigewahrsam.





Die Stimmung unter den 400 Antifaschisten war gut und kämpferisch. Die Gegenkundgebung stieß bei der Bevölkerung auf breite Resonanz. Die kämpferische Einheit der Antifaschisten — Genossen der KPD/ML, der Roten Garde und weitere Organisationen hatten mobilisiert — und der Unmut der Bevölkerung über das dreiste Auftreten der Nazis sorgten dafür, daß die Polizei bis auf die Provokation mit dem Messer keine Möglichkeit sah, gegen die Antifaschisten einzuschreiten.

Unsere Hamburger Volkskorrespondentin hatte am Mittwoch, den 10. Oktober Gelegenheit, einen Sprecher der Bürgerinitiative Giftgasskandal Lurup-Eidelstedt zu interviewen. Im folgenden das leicht gekürzte Interview:

Hamburger Giftgasskandal

„Die Behörden haben uns verschaukelt!“

Interview mit der Bürgerinitiative Giftgasskandal Lurup-Eidelstedt

Warum ist Ihre Initiative gegründet worden?

Weil wir uns von der Behörde verschaukelt fühlen, weil wir mehr Sicherheit und mehr Aufklärung haben wollen, die uns bisher noch nicht gegeben wurde, und weil die Bevölkerung hier um ihr Leben bangen muß, darum haben wir uns zusammengeschlossen.

Welche Aktivitäten hat Ihre Initiative bisher unternommen?

Wir haben bisher Flugblätter gedruckt mit unseren Forderungen dem Senat gegenüber; wir haben uns zusammengetan, mit dem einzelnen Bürger hier in der Umgebung zu sprechen, uns mit den Parteien hier zu unterhalten, und wir haben eine Demonstration in der Innenstadt gehabt; wir haben Informationstische gemacht, wir haben Aufklärung überall in der Bevölkerung betrieben.

Die Demonstration ist ganz gut gelaufen, an die 2000 Leute sind gekommen. Wir hatten unsere an den Senat gerichteten Forderungen schon vorher zum Rathaus geschickt, damit die Herren wußten, daß wir kommen. Während unserer Unterhaltung mit dem Senat sind wir verschaukelt worden mit der Begründung: „Wir haben Eure Informationen aufgenommen, Eure Forderungen gelesen, wir haben sie weitergegeben an die Ausschüsse und damit seid Ihr entlassen, auf Wiedersehen!“

Sind Vorkehrungen für einen plötzlichen Gasausbruch von seiten der Behörden getroffen worden?

Ich habe persönlich bei der Einsatzzentrale die Pläne eingesehen. Es sind drei Gefahrenkreise gezogen worden, ein 200-, ein 500- und ein 1000-Meter-Kreis. Es wurde evakuiert immer nur in Windrichtung, und soweit wir es sehen können, sind für einen größeren Gasausbruch keinerlei Vorkehrungen getroffen worden.

Und was passiert bei einem wirklichen Katastrophenfall?

Da kann ich als Beispiel anführen nur den einen Sonntag, wo die Nebelbomben explodiert sind. Man muß vorausschicken, das war noch verhältnismäßig harmlos; aber wenn man sich jetzt vorstellt, es wäre ein anderes Mittel gewesen, was explodiert wäre, da möcht' ich sagen, da wären in Hamburg so an die 70- bis 80000 Menschen verreckt!

Denn diese Gefahrenkreise haben sich als lächerlich erwiesen. Der Nebel hat sich verbreitet in einem Umkreis von etwa 6000 Metern. Daraus ergibt sich, daß für einen wirklich akuten Notstand keine Vorkehrungen getroffen sind. Die liegen vielleicht im Schreibtisch irgendwo, aber was nützt das im Schreibtisch, wenn jetzt was hochgeht und die Bürger verrecken wie die Fliegen?

Sie gehören hier zu den aktivsten Leuten der Bürgerinitiative, und Sie wissen nichts von Vorkehrungen?

Nein — überhaupt nichts!

Wie ist die ärztliche Versorgung?

Gar keine! Es ist nur ärztliche Versorgung für die Leute vorhanden, die da vor Ort arbeiten. Es steht ein Atemschutzcontainer da, wo die Leute reinkönnen, wenn sie irgendwelche Atembeschwerden haben; es steht ein Notarztwagen da, aber alles nur für die, die auf dem Gelände tätig sind.

Vielleicht schildern Sie noch mal kurz, wie das vorletzten Sonntag gelaufen ist, als plötzlich Nebeltöpfe explodiert sind?

Es sind nachmittags um drei die ersten Nebelbomben explodiert, die auf einem LKW gelegen haben, durch Sonneneinwirkung; das konnte von der Feuerwehr noch unter Kontrolle gebracht werden. So gegen 21 Uhr kam die nächste Explosion.

Kurz nach 21 Uhr kam eine Meldung von der Feuerwehr an die Polizei über Polizeifunk. Es seien Behinderungen auf der Autobahn vorgekommen, hieß es. Kein Wort davon, daß die Bevölkerung informiert werden sollte. Das kam ungefähr eine halbe Stunde später. Da hatte sich das aber schon kräftig breit gemacht. Und dann fuhren die Peterwagen durch die Stadt und forderten über Lautsprecher auf, Türen und Fenster zu schließen. Allerdings mußte man erst mal Türen und Fenster öffnen, um überhaupt zu verstehen, was die wollten, da die Leute ja teilweise im neunten Stock wohnen. Durch Nebenstraßen fuhren sie stellenweise überhaupt nicht. Wer krank wurde dadurch — und es sind Leute krank geworden — mußte erst im Krankenhaus anrufen, um ärztlich versorgt zu werden. Die Krankenwagen kamen dann aus den Krankenhäusern angerückt — es standen also keine bereit vor Ort.

Zuerst waren da weiße Nebel, und dann kamen schwarze Nebel; es tauchten auch gravierende Beschwerden auf: Kratzen im Hals, tränende Augen, Beschwerden in Bronchien und Lunge, Juckreiz auf der Haut; das kann man überhaupt nicht richtig beschreiben, so weh tat das!

Konnten Sie bislang schon Forderungen durchsetzen?

Es ist eine Forderung von uns ziemlich am Anfang gestellt worden, zur Verbesserung des Informationsflusses. Daraufhin hat man uns hier ein Informationsbüro hingesetzt, welches uns allerdings nur die Informationen gibt, die wir ohnehin täglich aus der Presse erfahren können. Wenn man genaueres erfahren möchte, dann heißt es: „Wende Dich mal an die Presse, die weiß mehr als wir“. Und ansonsten haben wir bisher keine Forderung durchsetzen können.

Mit welchen Mitteln wollen Sie denn Ihre anderen Forderungen durchsetzen?

Wir sammeln Unterschriften, um den Senat darauf aufmerksam zu machen, daß nicht nur wir für die Forderungen sind; wir haben Protestpostkarten gedruckt, womit der Senat überschwemmt werden soll.

Wir planen weitere Demonstrationen. Wir betreiben weiter Aufklärung hier am Ort und treten ständig an Parteien und Behörden heran. Und wenn das alles nichts hilft — wir können auch anders!

Wie hat sich Ihrer Einschätzung nach die Hamburger Presse zum Giftgasskandal verhalten?

Die Presse hat in der ersten Woche nach Bekanntwerden des Skandals sich sehr gut eingestellt auf die Behörde, auf den Menschen, auf die Bedürfnisse der Menschen. Aber als das Aktuelle vorbei war, hat sich die Presse immer mehr auf das Rathaus verlagert, und der einzelne Mensch und wir als Bürgerinitiative erschienen überhaupt nicht mehr in der Presse. Und wenn, dann mit zwei oder drei Spalten, und ansonsten überhaupt nicht mehr.

Was ist bisher über Ihre Bürgerinitiative berichtet worden?

Vor der Demonstration zehn Zeilen in der Bild-Zeitung, nach der Demonstration drei Zeilen in der Bild-Zeitung. Etwas mehr brachte die Welt, die aber kaum einer liest. Auch in Radio und Fernsehen ging es über kurze Meldungen nicht hinaus.

Welche Formen der Unterstützung können Sie gebrauchen?

Publicity! Wir müssen bekannt werden, nicht nur in Hamburg-Eidelstedt, sondern über die Grenzen Hamburgs hinaus. Wir brauchen Sympathie aus ganz Deutschland. Jeder muß wissen, daß wir da sind, was wir vorhaben, und unsere Forderungen unterstützen. Das können die Leute praktisch mit Unterschriften, die sie uns schikken, daß sie für unsere Sache eintreten, daß sie voll hinter uns stehen, und was das wichtigste ist und das leidigste Thema: Wir sind alle normale Bürger, wir sind Familienväter. Diese ganzen Aktivitäten machen Kosten. Wir brauchen Geld! Der Skandal soll vor allem auch deshalb über Hamburgs Grenzen hinaus bekanntwerden, weil die Bundeswehr ja augenscheinlich überall ihr Giftgas verbuddelt hat. Da müssen die Leute im ganzen Bundesgebiet wachgerüttelt werden.

Dann brauchen wir Fachleute, Doktoren, Professoren, Chemiker, die uns ihre Hilfe anbieten, wenn wir Fragen haben, um Sachen zu analysieren; die klipp und klar den Senat widerlegen können, wenn er uns die Sache als ganz harmlos hinstellen will.

Ich danke Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen vollen Erfolg bei Ihrem Kampf.



Die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa „bereiten sich aktiv auf die Eventualität eines chemischen oder bakteriologischen Kriegs auf dem Kontinent vor“. So wörtlich letzten Monat im Manöverhauptquartier der NATO in Hessen ein Bundeswehrgeneral. Der Auftritt von 5000 US-Soldaten in speziell für diese Kriegsführung geeigneten „Kampfanzügen“ letzten Monat in der BRD beweist das genauso wie der Fall Stolzenberg.

„Der Skandal und unsere Forderungen sollen vor allem auch deshalb über die Hamburger Grenzen hinaus bekannt werden, weil die Bundeswehr ja augenscheinlich überall ihr Giftgas verbuddelt hat. Da müssen die Leute im ganzen Bundesgebiet wachgerüttelt werden.“

Bürgerinitiative Giftgasskandal Lurup-Eidelstedt
(überparteilich/unabhängig)
Georg Mauritz, Hamburg
Tel. 040/8316006
Spendenkonto: „Eidelstedter Giftgasskandal“
Rechtsanwalt Schönfeld
Hamburger Sparkasse
Konto-Nr.: 1257/121358

„Sehen Sie her, — das ist der Polizeiwürgegriff...“

Volkskorrespondenz aus Bochum

Bochums Polizei ist bekannt dafür, daß sie schnell zur Waffe greift. In den letzten vier Jahren ist in zehn Fällen gezielt auf Menschen geschossen worden. Drei Bürger mußten dabei ihr Leben lassen. Nach den letzten Vorfällen, die bekannt wurden, bildete sich in Bochum eine Initiative gegen die Polizeiübergriffe, die unter anderem die rückhaltlose Aufklärung der Polizeischüsse und die Bestrafung der verantwortlichen Polizisten fordert.

Jetzt wurde der Initiative ein Fall aus dem benachbarten Witten bekannt. Er hat sich zwar schon vor längerer Zeit zugetragen, ist jedoch so ungeheuerlich, daß es sich lohnt, ausführlich darüber zu berichten.

Am 15. September im letzten Jahr kam ein 19jähriger junger Mann mit seiner Freundin um vier Uhr morgens nach Hause. Das junge Mädchen, das am Steuer des Wagens saß, hatte Schwierigkeiten beim Einfahren in die enge Durchfahrt vor dem Haus. Daraufhin setzte sich ihr Freund ans Steuer. Plötzlich tauchte eine Zivilstreife der Polizei auf. Sie wollte den Führerschein kontrollieren. Es gab einen Wortwechsel; oben im Haus wurden die Eltern des jungen Mannes wach; sie kamen auf den Balkon, um zu sehen, was los war.

Als der Vater seinen Sohn erkannte, rief er ihm zu: „Komm doch ein bißchen näher, dann brauchst du nicht so laut zu rufen.“ Der junge Mann ging also auf das Haus zu, um seinem Vater die Lage zu schildern. In diesem Augenblick sprang ihn einer der Polizisten an, packte in brutal und rief zum Balkon hoch: „Sehen Sie her, das ist der Polizeiwürgegriff, lernen wir auf der Polizeischule.“ Daraufhin wurde der junge Mann in den Polizeiwagen geprügelt und weiter mißhandelt. (Als Ergebnis davon war er anschließend sechs Wochen krank; er hatte unter anderem eine Reihe von Blutergüssen und eine Nierenquetschung.)

Jetzt stürzten natürlich die Eltern in den Hof; sie wollten nicht glauben, daß es sich bei den brutalen Rowdies um Polizisten handelte. Sie verlangten, die Ausweise der Beamten zu sehen. Aber da war natürlich nichts zu machen. Die Mutter stellte sich schließlich vor das Polizeiauto, in dem ihr Sohn saß und erklärte: „Ich gehe hier nicht eher weg, bis ich die Ausweise gesehen habe.“ Die Antwort des Beamten, der am Steuer saß: „Gehen Sie da weg, oder ich fahre Sie platt.“ Und er fuhr auch tatsächlich los. Im allerletzten Augenblick konnte sich die Frau mit einem Sprung vor dem anfahrenden Wagen retten. Sie brach sich dabei einen Zeh und riß sich die Achillessehne.

Der Vater rief dann sofort auf der Polizeiwache an, schilderte den Vorfall und sagte auch, er habe deutlich die Alkoholfahne der Polizisten gerochen — die wären wohl betrunken gewesen. Schließlich fuhr er dann selbst zum Revier. Er hatte inzwischen die Namen der Polizisten erfahren, und zwar von der Freundin seines Sohnes, die als Justizangestellte die Beamten namentlich kannte. Die Freundin hatte übrigens bei den Vorfällen einen Nervenschock erlitten.

Ein gerichtliches Nachspiel hatten diese Vorfälle nicht etwa für die Schläger, sondern für die Betroffenen: Der junge Mann bekam eine Anzeige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Trunkenheit am Steuer. Sein Vater wurde zu 2000 Mark Geldstrafe wegen der angeblich falschen Beschuldigung verurteilt. Das junge Mädchen, das ja in dem noch laufenden Verfahren gegen ihren Freund eine wichtige Zeugin ist, wird seit den Vorfällen laufend von Polizeistreifen angehalten. Ihr Wagen wird kontrolliert, sie selbst wird auf Alkohol am Steuer überprüft usw.

In der örtlichen Presse war über diese Vorfälle nichts zu lesen. Die Initiative, die für den November eine Veranstaltung mit Betroffenen von Polizeiübergriffen plant, wird auch diesen Fall breit bekanntmachen und sich dafür einsetzen, daß die verantwortlichen Polizisten bestraft werden. Interessant übrigens, wie selbst manche Polizeibeamte die Entwicklung in unserem Land einschätzen. Die Familie, von der wir berichtet haben, ist mit einem älteren Polizisten bekannt. Und der sagte zu den geschilderten Vorfällen nur: „Wir gehen auf einen Polizeistaat zu.“

Zum Schluß noch unsere Kontaktadresse, falls sich ein Leser an uns wenden will: Initiative gegen Polizeigriffe, c/o Zimmermann, Kurt-Schumacher-Platz 9, Bochum 1, Telefon: 60416



Bochum und Umgebung: In den letzten vier Jahren wurde in 10 Fällen gezielt auf Menschen geschossen. Auf Gerhard Send (Bild) feuerten Zivilfahnder 27 Schüsse ab, weil sie ihn mit einem gesuchten Totschläger verwechselt hatten.



Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand".



Reisereportage
SVR ALBANIEN

Ein Volk in Waffen

Im Trainingslager der Freiwilligen



Freiwillige bei der Ausbildung

Irgendwann vor der Befreiung hatte einer der Bürgermeister, der zu jener Zeit in der Hafenstadt Vlora residierte, einen famosen Gedanken. Er bereicherte nämlich die Trauungszeremonie, die er von Amts wegen vorzunehmen hatte, um eine neue Vorschrift. Keinem Paar wurde von Stund an das Ja-Wort abgenommen, wenn es nicht zuvor draußen vor den Toren der Stadt einige Ölbäume gepflanzt hatte.

So wuchs denn mit jeder Ehe, die in Vlora geschlossen wurde, auch der Bestand an diesen nützlichen Bäumen. Die kleinen Bauern, die hier damals mühsam das Land ihrer Herren bewirtschafteten, hatten von sich aus wenig Interesse an der Kultivierung der Oliven. Das war nämlich eine zu langwierige Angelegenheit — währte doch zu jener Zeit ein Menschenleben ganze vier Jahrzehnte. Und die Ölbäume brauchten fast zwanzig Jahre, bis sie die ersten Früchte trugen.

Von Vlora kommend fahren wir auf der Straße, die in sanfter Steigung die Hügel hinaufführt. Und wir fahren durch einen schier endlosen Wald von Ölbäumen. Doch ist nur ein geringer Teil dieses Reichtums auf jenen Bürgermeister zurückzuführen, der so klug das „heilige Sakrament der Ehe" mit dem Olivenanbau zu verbinden wußte. Die meisten der Bäume, die hier die Hügel bedecken, sind erst nach der Befreiung gesetzt worden.

„Das war ein Werk der Jugend", sagt der Sekretär des Bezirksparteikomitees, der uns begleitet. „Diese Hügel hier waren von undurchdringlichem Gebüsch bewachsen. Jugendliche aus allen Teilen des Landes sind in den Ferien zu freiwilligen Aktionen hierhergekommen. Sie haben sich Unterkünfte gebaut, und dann wurde mit Feuer, mit Hacken und Buschmessern dem Urwald der Garaus gemacht. Ja — und jetzt werden hier, wo einst nur Wildnis war, Oliven geerntet."

Freiwillige bei der Übung

Unterdessen sind wir von der Straße auf einen Feldweg eingebogen. Der Olivenhain lichtet sich immer mehr. Er gibt den Blick frei auf einen Acker mit frisch umgebrochener Erde. In der Ferne zieht ein Trecker gleichmäßig die Pflugschar durch den Boden. Vorne, am Waldrand, sind einige Arbeiter von der Maschinen-Traktoren-Station damit beschäftigt, einen anderen Trecker zu reparieren. Immer wieder blicken sie von ihrer Arbeit auf und schauen hinüber zum Waldrand. Als sich unser Wagen auf dem engen holprigen Feldweg näher geschaukelt hat, können auch wir ausmachen, was es dort so Interessantes zu sehen gibt.

Eine Gruppe von jungen Mädchen, ein Dutzend vielleicht, hockt unter den Ölbäumen im Halbkreis. Alle sind in Uniformen von dunklem Olivgrün gekleidet; alle haben einen Tornister vor sich liegen. Ein älterer Mann, auch er uniformiert, steht vor ihnen und gibt offenbar Anweisungen. Auf sein Kommando hin beginnen die Mädchen, in den Tornistern zu kramen und bringen dort die erstaunlichsten Dinge zutage. Ganze Berge eines wie Gummi glänzenden Stoffes türmen sich vor ihnen auf. Und im Handumdrehen sind die Mädchen selbst in diesen Bergen verschwunden, die sich alsbald als Schutzanzüge — inklusive Gasmaske — entpuppen.

Als letztes geben die Tornister auch noch kleine Geräte her, die sich die in unförmige Gestalten mit Gasmaskengesicht verwandelten Mädchen umhängen, bevor sie sich formieren und im Laufschritt zwischen den Bäumen verschwinden.

Zurück bleibt der männliche Uniformträger. Er tritt an unseren Wagen heran, grüßt militärisch kurz und bestätigt: Ja, er ist der Ausbilder, und das, was wir gerade gesehen haben, war ein Meßtrupp, der jetzt mit seinen Geräten oben am Hügel nach Spuren von Kampfgas und Radioaktivität sucht. Aber natürlich gibt es dort oben nichts dergleichen, das Ganze ist ja nur eine Übung. Und auch die Mädchen sind keine richtigen Soldaten (oder sagt man Soldatinnen?), sie sind Fabrikarbeiterinnen aus Vlora und nebenher: Freiwillige Kräfte.

Freiwillige Kräfte — ich habe sie am 1. Mai in Tirana auf dem Boulevard der Helden der Nation vorbeiparadieren sehen, mit ihren olivgrünen Uniformen und dem roten Stern an der Mütze. Ich habe die gleichen Uniformen in Betrieben gesehen, in Schulen, auch auf den Straßen der Städte und Dörfer. Gerade an dem Tag, bevor wir nach Vlora fuhren, war mir unter dem Uhrturm in Tirana ein Pärchen in Olivgrün und mit dem roten Stern begegnet, das engumschlungen über die Straße zum Kulturpalast schlenderte. Man trifft sie überall, diese Freiwilligen. Und das rührt ganz einfach daher, daß faktisch jeder den Kinderschuhen entwachsene Albaner ein solcher Freiwilliger ist. Albanien — das ist eben auch ein Volk in Waffen.

Die Fahnenschwingerinnen

Und jetzt habe ich also die Gelegenheit, diese Freiwilligen in Aktion bei ihren Übungen zu sehen. Der kleine Trupp mit den Meßgeräten ist noch nicht wieder aufgetaucht. Wir wenden uns einer anderen Gruppe zu. Da steht ein Mädchen mit zwei Fahnen, einer weißen und einer roten, in den Händen. Mal hebt sie die eine, mal die andere, manchmal auch beide gleichzeitig hoch. Das sieht sehr hübsch aus, fast wie eine gymnastische Übung, ist aber natürlich auch eine ganz ernste Sache. Denn dieses Mädchen führt mittels seiner Flaggen gerade eine angeregte Unterhaltung — streng militärisch, versteht sich — mit einer Genossin, die, ebenfalls mit zwei Fahnen bewehrt, weit hinten am Fuße des nächsten Hügels steht. Das Ganze ist, wie uns der Ausbilder erläutert, eine Form der militärischen Kommunikation durch Flaggensignale, die unterhalb der Ebene des Funkverkehrs liegt; eine ebenso praktische wie einfache Methode, sagt der Genosse. Gewiß, man muß sie nur beherrschen.

Wir lassen die Fahnenschwingerinnen in ihrem stummen Dialog zurück und treten aus dem Hain auf eine Wiese hinaus. Hier bietet sich uns ein seltsames Bild. Diese Wiese nämlich gleicht durchaus manchen Parkanlagen bei uns, die eine ehrgeizige Stadtverwaltung mit moderner sogenannter Kunst hat vollstellen lassen. Da ragt zum Beispiel unvermittelt und etwas schief ein mächtiger Betonpfeiler in die Höhe. Daneben ein bizarres Geflecht von Stahlrohren unterschiedlichen Durchmessers vor einem kahlen Baumstamm, der nicht nur der Äste, sondern auch der Rinde entkleidet ist. Über den Boden schlängeln sich dicke Stahltrossen, und — sozusagen als Clou — von dem Betonpfahl führt eine richtige Eisenbahnschiene zu der Rohrkonstruktion.

Erst als ich zwischen diesen Gebilden einen Trupp von Mädchen mit kleinen Paketen hantieren sehe, die sie bald hier, bald dort an den Gegenständen befestigen, kommt mir die Erleuchtung. Hier wird offenbar eine Sprengübung vorbereitet. So ist es auch tatsächlich; und kaum habe ich mir alles richtig angesehen, heißt es auch schon den Rückzug antreten und in Deckung gehen. Wir treten tiefer in den Olivenhain hinein. Auch die MTSler unten am Acker ziehen sich weiter hinter ihre Maschinen zurück. Dann folgt kurz hintereinander eine schnelle Serie von Detonationen. Staubfontänen wirbeln empor, fallen in sich zusammen.

Saubere Arbeit!

Als dann die Wiese wieder still und unbewegt daliegt, sehen wir uns das Ergebnis der Sprengungen an. Saubere Arbeit — die Schiene etwa liegt noch genauso da wie zuvor, nur daß sie an zwei Stellen glatt durchgetrennt ist. Ähnlich verhält es sich auch mit den anderen Gebilden — bis auf den Betonpfahl. Er ist und bleibt verschwunden. „Die Ladung ist entschieden zu stark gewesen", sagt der Ausbilder und kratzt sich am Kopf.

Nach all diesen Beispielen militärischer Aktivität auf den verschiedensten Gebieten ist jetzt erst einmal eine Pause fällig. Der Meßtrupp ist auch zurückgekommen, hat seine Ergebnisse präsentiert und sich der Schutzkleidung entledigt. Jetzt lagern wir alle im Schatten der knorrigen Ölbäume, und der Dolmetscher Ilir fragt mich, ob ich denn noch etwas wissen möchte. Natürlich will ich das; ich präsentiere meine Fragen zum System der Ausbildung der Freiwilligen, ihren Einsatzorten, ihrer Verbindung zur regulären Armee und einiges mehr. Aber Ilir lacht nur, als ich ihm das alles auseinandersetze und meint, darauf würden die Mädchen mir wohl kaum antworten. Also dreht sich unsere Unterhaltung dann um „unverfängliche" Dinge, etwa um die Betriebe, in denen die Mädchen arbeiten und unter denen es auch ein großes Fischkombinat mit dem Namen „Ernst Thälmann" gibt. Und bald bin ich es, der Fragen beantwortet, erzählen muß, über die Jugendarbeitslosigkeit in Westdeutschland, über die Schulen bei uns, über die Rote Garde...

Meine Fragen zur albanischen Militärpolitik, die sich ja so grundsätzlich von der aller anderen Länder unterscheidet, möchte ich aber trotzdem noch an den Mann bringen. Die Genossen von *Zëri i Popullit* meinen dazu, das ließe sich später schon machen. Und wirklich besucht mich einige Tage, nachdem wir aus Vlora in die Hauptstadt zurückgekehrt sind, ein Offizier der Volksarmee. Albanien, so sagt mir der Genosse, hat als einziges sozialistisches Land natürlich Verteidigungsprinzipien besonderer Art, geht auch in dieser Beziehung seine eigenen Wege. Man läßt sich dabei selbstverständlich von den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus leiten. Darüber hinaus haben die Partei der Arbeit und besonders der Genosse Enver Hoxha tiefgehende Untersuchungen in der Frage der sozialistischen Militärpolitik angestellt und sie in entscheidenden Punkten auch weiterentwickelt.

Der grundlegende Unterschied zu den kapitalistischen Ländern in Ost und West ist sehr einfach: Dort ist die Armee ein Werkzeug der herrschenden Klassen gegen das Volk; in Albanien dagegen ist das Volk selbst bewaffnet, zum Schutz des Sozialismus vor inneren und äußeren Feinden. Die militärische Verteidigung ist Bestandteil des Lebens eines jeden Albaners, genauso wie die Arbeit, die Ausbildung oder die kulturelle Betätigung.

Im nächsten RM: Die Waffen in den Händen des Volkes — und was Chruschtschow darüber dachte. Wenn ein junger Albaner zum Militärdienst eingezogen wird. Das Land der tausend Bunker.



Junge albanische Mädchen lernen ihr Vaterland zu verteidigen.

Augenzeugenbericht aus Madrid

Kommunisten vor dem Sondergericht

Ein Prozeß gegen zwei Genossen der KPSp/ML

MADRID, 2. OKTOBER.— Der Prozeß ist für den 1. Oktober 1979, um 10 Uhr, vor dem „National-Tribunal" angesetzt. Dies ist zwar kein Militärgericht wie bei Franco, aber ein Sondergericht. Seit anderthalb Jahren ist es unter anderem zuständig für alle zentralen politischen Verfahren.

Dieser Prozeß ist der erste in einer Reihe von insgesamt sieben Verfahren, die sich gegen Mitglieder der PCE(ML) richten. Im November des letzten Jahres waren ungefähr 20 Mitglieder der Partei verhaftet worden. Sie befinden sich seitdem in Untersuchungshaft in verschiedenen Madrider Gefängnissen. Die Anklagen stützen sich alle samt auf das „decreto lei" (Antiterrorgesetz). In diesem Fall gegen die PCE (ML)-Mitglieder Carlos Hurtado und Tomas Pellicer. Nach diesem Gesetz wurden am 27. September 1975 die PCE(ML)-Mitglieder Umberto Baena, Sanchez Bravo und Garcia Sanz zusammen mit zwei Mitgliedern der ETA — trotz weltweiter Proteste — in Madrid hingerichtet.



Zu Francos Zeiten wie heute: Es gab und gibt politische Gefangene, und für ihre Befreiung mußte und muß gekämpft werden (Bild: Demonstration 1977).

Vorher

Es ist 10 Uhr vorbei. Wir sind auf der Suche nach dem Gerichtssaal. Keiner kann uns genau sagen, in welchem Saal der Prozeß stattfinden soll. Endlich entdecken wir, nach vielem Hin und Her, in der großen Eingangshalle vor einem Saal mehr uniformierte Polizisten als sonst. Nach und nach haben sich die Zuschauer eingefunden. Es wird bekannt, daß die Angeklagten eingetroffen sind. Alles spricht jetzt dafür, daß der Prozeß stattfinden wird.

Die Mutter eines Angeklagten drückt uns die Hände und dankt uns für unser Kommen.

In einem Zwischenraum vor dem Gerichtssaal werden Vorkehrungen für die Registrierung und Durchsuchung der Prozeßbesucher getroffen. Alle müssen sich in einer Zweierreihe aufstellen. Jeweils vier Personen dürfen gleichzeitig in den Gerichtssaal. Erst jetzt kann man überschauen, daß ungefähr 200 bis 250 Personen in den Saal wollen.

Das Gericht

Mit dritten Gruppe, begleitet von einem sehr guten Dolmetscher, begeben wir uns in den Untersuchungsraum. Unsere Personalien werden in eine Liste eingetragen. Alle Gegenstände aus den Taschen müssen auf den Tisch gelegt werden. Die Geldbörse wird geöffnet. Dann intensives Abtasten von allen Seiten, von oben bis unten.

Im Gerichtssaal hat man uns Plätze in der ersten Reihe reserviert. Wie uns die Rechtsanwälte mitteilen, ist das Gericht darüber informiert worden, daß ausländische Beobachter an dem Prozeß teilnehmen.

Das Tribunal besteht aus drei Berufsrichtern, alle über 50 Jahre alt. Sie werden verdeckt durch ein Kruzifix und andere Reliquien, die auf dem Richtertisch aufgebaut sind, von der Loge des Protokollführers und der Anklagebank. Wenn der Vorsitzende das Wort ergreift, wirkt dies, als würde ein Abwesender sprechen. Es ist 11 Uhr 25. Der Zuschauerraum ist bis auf den letzten Platz voll, etwa 100 Personen werden nicht eingelassen.

Die Angeklagten

Die Tür zu dem Tunnel, der direkt zum Gerichtsgefängnis führt, öffnet sich. Die beiden Angeklagten betreten den Saal, begleitet von zwei Polizeibeamten und mit einer Handfessel aneinander gebunden. Als sie kurz in den Zuschauerraum blicken können, spricht aus ihren Gesichtern Freude über die vielen Besucher.

Sie nehmen auf der Anklagebank Platz, mit dem Rücken zum Besucherraum. Sie sind eingerahmt von den beiden Polizeibeamten. Da ihnen die Fessel nicht abgenommen wird, wird der Arm des einen immer hochgerissen, wenn der andere zur Beantwortung einer Frage aufstehen muß.

Die Vernehmung

Das Gericht beteiligt sich nicht an der Vernehmung. Der Staatsanwalt leitet sein Verhör an Tomas mit der Frage ein: „Sind Sie Mitglied der PCE (ML)?" Tomas bejaht, fügt hinzu, daß er Mitglied seit 1973 ist. Seine Aufgabe war es, die Propaganda der Partei zu verbreiten. Ende November 1978 wurde er auf offener Straße verhaftet. Er bestätigt, daß er einen falschen Paß bei sich gehabt habe, den er zur Zeit der Franco-Diktatur von einem anderen bekommen habe.

Der Staatsanwalt hält Tomas ein Geständnis vor, daß er bei der Polizei gemacht haben soll. Tomas berichtet, daß er die Unterschrift unter dieses Papier nur unter dem Folterdruck der Polizei geleistet habe. „Nach der Verhaftung bin ich sofort zur Polizeizentrale gefahren worden. Ich wurde direkt ins Büro der politischen Polizei überführt. **Mehr als zehn Polizisten fielen über mich her und schlugen mich. Ich war zehn Tage da, wurde in dieser Zeit mehrmals geschlagen. Ich bekam zeitweilig keine Luft mehr, konnte die Hände nicht mehr bewegen, blutete mehrmals stark am Kopf...**" Der Vorsitzende unterbricht. Er teilt mit, daß ein Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingeleitet worden sei, das Gericht sei davon informiert.

Folter

Tomas berichtet weiter. „Ich wurde vor und nach meiner Unterschrift geschlagen. Ich habe nur unterschrieben, weil die Folterungen sehr schlimm waren. Ich erkenne die Unterschrift nicht an, ich habe sie bereits am zehnten Tag nach meiner Verhaftung widerrufen. Der von mir verlangte Arzt kam erst eine Woche später, als die Wunden bereits vernarbten.

Tomas berichtet weiter, daß er bereits 1974 verhaftet und gefoltert worden sei, die Anklage dann aber zurückgenommen wurde. Trotzdem verlor er seine Arbeit und wanderte nach Frankreich aus, von wo er nach den Wahlen im Jahre 1977 zurückkam. Er nahm am zweiten Parteitag der PCE(ML) 1977 in Paris als Delegierter teil.

Tomas sagte: „Es ist richtig, daß wir gegen die Franco-Diktatur auch einen bewaffneten Kampf geführt haben. Wenn jetzt aber eine Demokratie herrscht, dann haben wir so etwas nicht vor. Wenn uns erlaubt wird, legal zu arbeiten, dann werden wir das auch tun. Wir waren zur konspirativen Arbeit gezwungen, weil die von uns geforderte Legalität von den Behörden nicht anerkannt wurde. Deshalb hatte ich auch falsche Pässe, die ich aber nicht selbst hergestellt habe. Genauso haben es viele in Spanien getan, die heute im Parlament sitzen. Aus dem gleichen Grunde hatte ich auch eine zweite Wohnung, die nicht angemeldet war, damit die Polizei nichts davon erfuhr. Wir sind weder Terroristen noch eine bewaffnete Bande."

Im nächsten RM: Das Verhör von Carlos — Die Plädoyers — Das Urteil.



Schonung für Somozas Killertruppen (Foto: Somozas Nationalgardisten im Gefängnis), Bettelei bei Somozas Oberherren, Verfolgung für die MAP...

Nicaragua

Die Junta läßt auf Revolutionäre schießen!

Militärische Aktionen gegen die MAP

MANAGUA.— Während die bürgerlichen Presseorgane von der Sandinistischen Junta schwärmen, ihre Nachgiebigkeit gegen Somozas Henker loben, hat jetzt diese neue, angeblich revolutionäre Regierung den bewaffneten Kampf gegen die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse begonnen.

Junta-Mitglied M. Hassan betonte in der Öffentlichkeit, der Widerspruch zwischen seiner Regierung und der „Movimiento de Accion Popular" (MAP) sei unversöhnlich. Junta-Mitglied Ortega betonte, sowohl der Kampf gegen die noch aktiven Reste von Somozas Nationalgarde sei wichtig, **als auch vor allem der Kampf gegen die antisomozistischen Volksmilizen, die von der MAP geführt werden.** Mitglieder dieser Organisation werden jetzt per Haftbefehl gesucht, es hat bereits mehrere bewaffnete Überfälle auf Genossen der MAP gegeben.

Indem jetzt diese Junta-Mitglieder öffentlich, vor der westlichen Presse, ihre Feindschaft zur MAP betonen, wollen sie endgültig ihr Wohlverhalten gegenüber den Imperialisten aus den USA beweisen, bei denen die Junta ständig um Kredite bettelt.

Schonung für Somozas Killerbrigaden, Bettelei bei Somozas Oberherren, Verfolgung der MAP — dieser Kurs läßt für das weitere Schicksal des Volkes von Nicaragua das Schlimmste erwarten. Mit diesem Kurs wird die Junta weiter Beifall bei den Reichen in aller Welt finden und auch bei Fidel Castro und Breschnew, die ihren Einfluß vergrößern wollen.

Sie wird aber auf den Widerstand der Arbeiterklasse von Nicaragua stoßen, die nicht für ein neues bürgerliches Regime geblutet hat, sondern für ihre nationale und soziale Befreiung gekämpft hat.

Die MAP ist auf diesen Kampf vorbereitet. Wie die Genossen vor einigen Wochen bei einem Gespräch mit *Vanguardia Obrera*, dem Zentralorgan der KP Spaniens/ML, betonten, das auch im *Roten Morgen* veröffentlicht war, haben sie die Waffen nicht aus der Hand gegeben. Sie sind auf einen scharfen Kampf nach Somozas Sturz, wie er jetzt beginnt, vorbereitet.

Kampf um einen Tarifvertrag

Seit 5 Monaten: Blockade der Römö-Sylt-Fähren!

Deutsche Reeder ziehen zypriotische Flagge auf

HAVNEBY.— Seit dem 1. Mai dieses Jahres dauert die Blockade der dänischen Werktätigen gegen die Fährschiffe der Römö-Sylt-Linie. Die norddeutsche Förde-Reederei hatte kurz zuvor die Fähre von der dänischen Konkursreederei Lindinger gekauft und die Schiffe nach Zypern ausgeflaggt.

BOYKOTT

Fähre »VIKINGLAND« Reederei:
SIRIZA NAVIGATION CO. LTD., LIMASSOL, ZYPERN.

Fähre »WESTERLAND« Reederei:
ORANGE SHIPPING CO. LTD., LIMASSOL, ZYPERN.



PIRATENFLAGGE

BOYKOTTIERT DIE ZYPRIOTISCHE RÖMÖ—SYLT LINIE!
LASST DIE FÄHREN LEER FAHREN!

Blockadeleitung Römö-Sylt

Flugblatt der Blockadeleitung Römö-Sylt

Nun, da die Schiffe unter dem Heimathafen Limassol fuhren, galten zypriotische Arbeitsbestimmungen: 12- bis 18-Stunden-Tag, weniger Lohn und, als zentraler Punkt, kein kollektiver Tarifvertrag, sondern Einzelverträge. Die dänischen Werktätigen der Fährschiffe, Seeleute, Gaststättenpersonal und so weiter wußten, daß dies der Dreh- und Angelpunkt für weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sein würde.

Deshalb lautete ihre zentrale Forderung: Ein kollektiver Tarifvertrag muß her! Sie weigern sich, die Errungenschaften aus einem Jahrhundert Gewerkschaftsbewegung aufzugeben.

So organisierten sie die Blockade. Im Laufe des Monats Mai wurden die Blockadeposten dreimal von der dänischen Polizei überfallen. Spanische Streikbrecher wurden eingeflogen, die 16 Stunden am Tag arbeiteten.

Unter der Losung „Kampf den Piratenreedern!" dauert seitdem die Blockade an. Am 1. August, nach vier Monaten, beschloß die Führung des dänischen Gewerkschaftsbundes LO die Unterstützung der Blockade. Die Blockade hat Erfolg gezeigt. Die Zahl der Passagiere sank im Vergleich zum letzten Jahr von 89000 auf 44000 ab, 90 Prozent der fehlenden Passagiere waren Dänen, die traditionell für den größten Umsatz sorgen.

Durch die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes haben die Werktätigen jetzt auch die Möglichkeit, die Kampfmaßnahmen auf Tochterbetriebe der Förde-Reederei auszudehnen, Busunternehmen, Butterschiffe usw.

Durch diesen harten Kampf sind jetzt auf der Seite der Kapitalisten Widersprüche sichtbar geworden. Unter den Aktionären gibt es eine größere Gruppe, die verlangt, man solle den Kollektivvertrag abschließen, um wenigstens wieder die normalen Profite kassieren zu können.

Der Kampf der dänischen Reedereibeschäftigten ist auf seinem Höhepunkt angelangt, wo der Sieg über die Piratenflagge möglich ist. Dieser Kampf benötigt auch unsere Solidarität. Denn es ist einer jener Kämpfe im europäischen Raum, bei denen es darum geht, traditionelle Rechte der Arbeiterbewegung zu verteidigen.
tionelle Rechte der Arbeiterbewegung zu verteidigen.

Interview mit einem Genossen der KP Mexikos/ML (Teil II)

„Ein revolutionärer Aufschwung bahnt sich an, und das mexikanische Volk verlangt eine Alternative"

Im ersten Teil des Interviews sprach der mexikanische Genosse über die Geschichte der mexikanischen Arbeiterbewegung, über die Gründung der mexikanischen Kommunistischen Partei. Im zweiten Teil dreht sich das Gespräch um das alltägliche Leben des Volkes und um die heutige politische Situation.



Armut in Mexiko: Ein Großstadtslum, einer von vielen.

Kannst Du uns etwas darüber sagen, wie das mexikanische Volk — oder muß man sagen: die Völker Mexikos — heute leben?

Nein, man kann von einem Volk sprechen, das in den letzten Jahrhunderten zusammengewachsen ist. Und dieses Volk lebt nicht gut. Die größte soziale Klasse in unserem Land sind die Landarbeiter, die für die Agrarkapitalisten arbeiten. Sie erarbeiten 90 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion, die kleinen Eigentümer nur 10 Prozent. Und bei den agrarkapitalistischen Betrieben wird sehr stark rationalisiert, deshalb wächst die Arbeitslosigkeit, und die Landbevölkerung flieht in Massen in die Stadt. Sie gehen dorthin, weil sie hoffen, dort überleben zu können, denn sie haben ja kein Einkommen. Es gibt keinerlei Versicherung. Nur etwa jeder fünfte arbeitende Mensch hat eine Altersversicherung, sonst nichts.

Und was für ein Schicksal erwartet sie in der Stadt?

Ein schlimmes, so muß man wirklich sagen. An den Randgebieten der großen Städte entstehen echte Slums. **Die Leute bauen sich ihre Elendsquartiere selbst, Blech- und Papphütten. Allein in Mexiko City leben mehrere Millionen Menschen unter solchen Bedingungen.** Sie werden nicht einmal gezählt, geschweige denn, daß es für sie irgendwelche Einrichtungen gibt. Eine offizielle Statistik sprach von 30 Prozent Analphabeten in Mexiko, da waren aber alle die, die in den Slums wohnen, nicht mitgerechnet.

Tut man denn irgend etwas für sie?

Für sie? Wer denn? Der Staat? Der tut schon etwas, aber gegen sie.

Denn das Land, auf dem sie ihre Hütten bauen, ist privates Eigentum der Kapitalisten. Und so werden von Zeit zu Zeit, wenn eine Spekulationswelle mit Boden rollt, diese Elendsquartiere ganz massiv von der Polizei angegriffen, mit militärischer Gewalt. Da gab es schon große Barrikadenkämpfe, wo sich die Bewohner heldenhaft verteidigten.

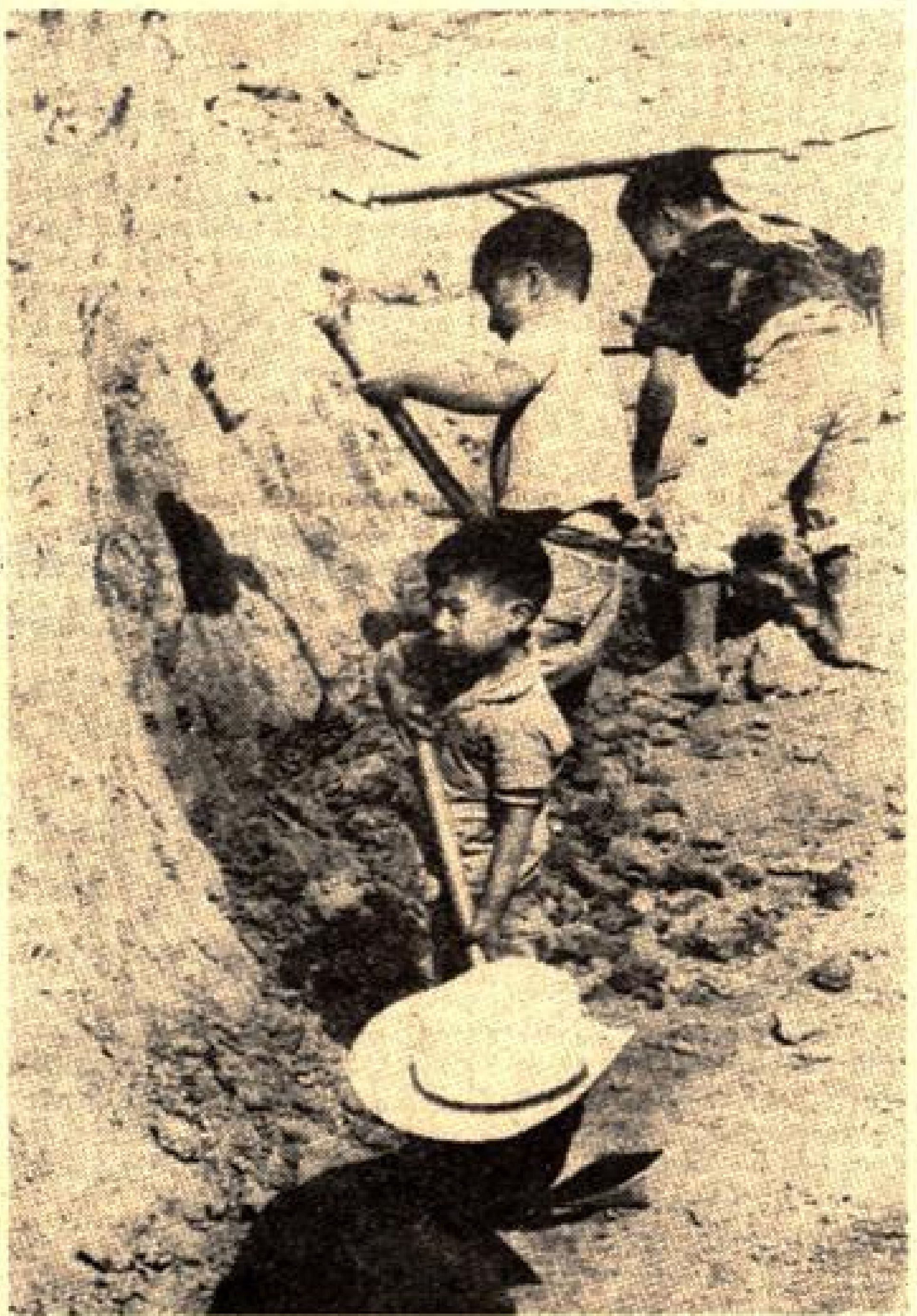
Und wie leben die Menschen in der Stadt?

Nun, sie verdienen ungefähr 4500 Pesos im Monat, ungefähr 390 Mark, das ist oberer Durchschnitt. Das heißt, wenn sie überhaupt Arbeit finden: 70 Prozent sind arbeitslos oder teilbeschäftigt. Für eine Wohnung zahlt man 2000 Pesos, in Mexiko City sogar 3000. Die Inflation betrug 80 Prozent in fünf Jahren. Das Leben ist im Verhältnis zum Lohn also teuer. Das ist auch einer der Gründe, weshalb es bei uns sehr, sehr viele Streiks gibt. Viele Arbeiter waren vorher Landarbeiter, sie haben eine sehr rebellische Denkweise. Sie sind sehr schnell bereit zu kämpfen. Eine Schwierigkeit, die sich dabei ergibt, ist die, daß organisiert und diszipliniert zu kämpfen nicht so beliebt ist.

Das ist übrigens auch auf dem Land so, wo es eine ganz breite Bewegung zur Landnahme gibt, wo sich enteignete Kleineigentümer und Landarbeiter zu Landbesetzungen zusammenschließen, die oft sehr militant, bewaffnet durchgeführt werden. Es gibt da auch ganze Gruppen von Guerilleros, viele sogar, die immer wieder Aktionen gegen die Reichen durchführen. Solche Aktionen muß man in Mexiko anders beurteilen als bei euch zum Beispiel. Sie werden für gut gefunden, an ihnen nehmen relativ viele echt revolutionäre Elemente aus der Bevölkerung teil.

Das alles zeigt ja, daß in eurem Land doch ein sehr starker Klassenkampf stattfindet. Welche Rolle spielt nun die Partei dabei, welche Taktik wendet sie an, wie groß ist ihr Einfluß?

Was das Land betrifft, so haben wir dort bereits eine recht breite Arbeit unserer Partei. Das ist übrigens zum Teil ein Erbe des Maoismus. Und zwar insofern, als damals viele Revolutionäre aufs Land gingen, unter dem Einfluß solcher Theorien wie die Einkreisung der Städte durch die Dörfer. Als diese Genossen ihre falschen Ansichten überwanden, zur Partei kamen, hatten wir verhältnismäßig viele Kader dort. Es gibt auf dem Lande verschiedene Organisationen der Bauern. Die Bauernkonföderation, Dorforganisationen, sonstige, unter ganz verschiedener Führung. Das Ziel der Partei ist es, eine einheitliche Bauernfront zu schaffen, die unter der Führung des Proletariats kämpft.



Kinderarbeit in Mexiko: Arbeitslose gibt es unzählige. Dennoch müssen die Kinder mitarbeiten, um die Familie zu ernähren.

Und wie steht es mit der Arbeit in den Städten? In den Gewerkschaften? Wie sieht überhaupt die Gewerkschaftsbewegung in Mexiko aus?

Die Situation ist da recht kompliziert. Es gibt faktisch drei Arten von Gewerkschaften. Da ist zum einen die offizielle Regierungsgewerkschaft, die vollkommen mit der Regierungspartei verfilzt ist. Sie wird geführt von Fidel Velasquez, und das seit 30 Jahren. Der Apparat ist völlig undemokratisch, die Zusammenarbeit mit der Regierung ist ganz offiziell. Am 1. Mai, als in Mexiko City 1,5 Millionen demonstrierten, gingen der Staatspräsident und der Gewerkschaftsführer Arm in Arm an der Spitze. Aber es sind die größten Gewerkschaften, mit mehreren Millionen Mitgliedern, und das vor allem in der Großindustrie. **Dort arbeiten wir mit der Taktik des einheitlichen Zusammenschlusses aufgrund der wahren Klasseninteressen der Arbeiter, in etwa vergleichbar mit der RGO. Also eine innergewerkschaftliche, klassenkämpferische Opposition.** Wir haben dabei allerdings nur die ersten Schritte gemacht, einige Positionen erobert. Dann gibt es regelrecht opportunistische Gewerkschaften, die unter Führung eines ehemaligen Maoisten stehen. Sie sind entstanden aus der Opposition gegen die Regierungsgewerkschaften. Sie verfolgen ebenfalls die Zusammenarbeit mit dem Kapital, aber anders, weniger offen, mit radikalen Reden. Stark sind sie vor allem in der Automobilindustrie. Dort beginnen wir, eine ähnliche Taktik durchzuführen. Dann gibt es sehr viele kleinere, unabhängige Gewerkschaften, vor allem in den mittleren und kleineren Betrieben und Sektoren der Wirtschaft, die in örtlichen Zusammenschlüssen organisiert sind. **Dort kann man darum kämpfen, die Führung zu haben. Das tun wir auch, und dabei haben wir gute Erfolge erzielt. Das alles muß natürlich zusammenlaufen in einer einheitlichen Klassengewerkschaft.**

Entsprechend dieser Arbeit in den Gewerkschaften ist auch der Einfluß unserer Partei vor allem in den kleineren und mittleren Betrieben recht groß, während er in der Großindustrie noch mangelhaft ist.

Wie sieht es denn überhaupt mit der Entwicklung der Partei aus, seit ihrer Gründung?

Nun, wir haben, seitdem wir die maoistischen Einflüsse und ihre Auswirkungen beseitigt haben, eine recht starke Zunahme und auch einen recht großen Andrang. Wir haben öfter das Problem, daß wir zuwenig ausgebildete Kader haben, um die neuen Parteiorganisationen anzuleiten.

Wir haben am 1. Mai dieses Jahres zum ersten Mal eine nationale Aktion, eine Propagandaaktion gemacht, und die Ergebnisse davon waren an einigen Orten recht gut, sehr gut sogar.

Der Maiaufruf der Partei wurde dabei überall verbreitet. Das ist natürlich nicht so einfach, da das alles ja so organisiert werden muß, daß möglichst keine Verluste dabei entstehen, denn die Partei ist ja verboten. Gut war zum Beispiel in Cuernavaca eine von uns organisierte Demonstration mit 1500 Teilnehmern.

Wenn Du sagst, die Partei ist verboten — wir wüßten gerne, welche Opfer eure Partei bringen mußte, wie überhaupt das politische Regime in Mexiko ist, also wie es heute konkret aussieht?

Seit der Gründung der Partei sind vier Genossen im Kampf gefallen. Einige Dutzend Genossen wurden zu Gefängnis verurteilt, einer davon bekam ein Urteil von 17 Jahren Gefängnis. Aber es sind bei weitem nicht nur unsere Genossen, die ermordet und eingesperrt werden. **Es ist bekannt und wird heute auch nicht mehr geleugnet, daß es geheime Gefängnisse gibt, in denen sehr, sehr viele politische Gefangene ermordet und gefoltert werden. In einigen Bundesstaaten ist der Ausnahmezustand ausgerufen, dort herrscht das Militär. Es gab auch schon richtige Massaker.**

Nicht nur 1968 während der Olympiade — das wurde ja einigermaßen bekannt in der Weltöffentlichkeit —, sondern auch 1972, als 2000 Bauern ermordet wurden. Oder 1976, als 400 Bauern den Tod fanden. Bewaffnete Auseinandersetzungen, das habe ich vorher schon gesagt, sind an der Tagesordnung.

Wie seht ihr die kommende Entwicklung in eurem Land, bestehen Perspektiven eines revolutionären Aufschwungs oder nicht?

Nun, es ist so, wie ich gesagt habe: viele bewaffnete Auseinandersetzungen, deren Zahl stark zugenommen hat. Eine neue Welle von Streiks hat begonnen: Bergarbeiter in Nacozari, Arbeiter in Toluca, Loreto und Pena Pobre und Angestellte vom Hospital General haben in letzter Zeit gestreikt.

Wie ist denn das Ansehen des Regimes beim Volk?

Schlecht, ganz schlecht. Es ist bei uns so, daß faktisch die PRI, seit der Revolution an der Regierung, die einzige Partei von Wichtigkeit ist. Alle Flügelkämpfe, die in anderen Ländern unter mehreren Parteien ausgetragen werden, finden hier in einer statt; alle sechs Jahre stellt sie einen neuen Präsidenten, nachdem der alte und seine Vettern Millionäre geworden sind. Die Korruption ist ungeheuerlich und sozusagen legal. Jeder weiß es, jeder tut es. Deshalb ist auch die Wahlbeteiligung immer mehr gesunken. **Bei der letzten Wahl, jetzt im Sommer, als zum ersten Mal seit langem die revisionistische Partei kandidierte, die extra dafür legalisiert worden war, beteiligten sich weniger als 30 Prozent der Bevölkerung an der Wahl — nicht aus Desinteresse, sondern aus Abneigung.** Die Partei mußte in dieser Lage zum Boykott aufrufen, und tat es auch. Die Revisionisten bekamen ungefähr ein Fünftel der abgegebenen Stimmen.

Dann steht eure Partei ja vor großen Aufgaben?

Das kann man wohl sagen. Ein neuer revolutionärer Aufschwung zeichnet sich ab, und das Volk verlangt faktisch endlich eine revolutionäre Alternative. Die muß unsere Partei sein, und sie wird es auch sein, denn wir machen große Fortschritte.

Viel Glück für euren Kampf und revolutionäre Grüße an eure Genossen.



1977: Bauern organisieren einen Marsch nach Mexiko City, um für ihre Forderung nach Land zu demonstrieren.

Hals- und Beinbruch, Herr Carstens!

„Kommt doch mit!“ ruft der wandernde Bundespräsident Carstens Zuschauern am Straßenrand zu und hebt einladend die Hand. Aber die Zuschauer zögern, zieren sich, rühren sich nicht von der Stelle. Hinter dem mit großen Schritten ausgreifenden Präsidenten wird der Troß der Wanderer immer kleiner.

Anders das Bild noch wenige Stunden vorher, am Morgen am Aufbruchsort, auf dem Strandparkplatz des Ostseebades Hohwacht. Da wimmelte es von Schaulustigen und Kindern, lokalen Honoratioren, Presseleuten, Polizisten. Staatslimousinen fuhren an, Blasmusik tönte, erhebende Allgemeinplätze klangen vom Rednerpult, das eine schwarzrotgoldene Fahne und Eichenlaub verzierte. — Eichenlaub und Wanderstaub! — Mit dem Präsidenten setzten sich etwa 100 Schau- und Wanderlustige in Bewegung. Doch der Troß schmolz dahin, die zivilen und einfachen Staatsbürger bröckelten ab. Langsam reduzierte sich der Zug auf seinen eigentlichen Kern.

Der eigentliche Kern: Das ist ein Trupp Bewaffneter, ein Trupp Staats- und Staatsoberhauptschützer, befehligt von diversen Führern und Offizieren, angeführt vom Präsidenten dieser Republik. Da marschieren dreizehn Marinesoldaten, Angehörige eines „Schweren Marinesicherungszuges“ aus Plön, mit Karabinern bewaffnet und in Kampfanzügen. Da marschieren zivile Sicherheitsbeamte, die Feuerwaffe und das piepsende und krächzende Funksprechgerät unter Hemd und Jacke verborgen. Da marschieren schließlich weitere Bewacher, Leibwächter in himmelblauen Trainingsanzügen. Das ist kein Wanderclub, das ist ein Landsknechtshaufen, ein Sonderkommando in Feindesland: Carstens verwegene Jagd hat ihren Marsch durch Deutschland begonnen! Vorsicht!

„Kommt doch mit!“ ruft der Präsident den am Wegesrand Stehenden zu. Aber die Zuschauer tun gut daran, sich nicht oder nur wenig zu bewegen. Eine falsche hastige Bewegung — und schon kann es krachen! Die Gewehre und Pistolen der Landsknechte sind scharf geladen. Man kennt ja diese nervösen und doch genau gezielten Schüsse, Notwehrschüsse, Fangschüsse. — Halt! Nun gibt es eine kleine Pause. Hoch zu Pferd überreicht eine Gräfin Schweinitz dem Präsidenten einen fabelhaften Blumenstrauß. Und da sage doch einer, Carstens tue sich schwer mit dem Kontakt zur Bevölkerung!

Der Bundespräsident und sein Troß wandern an der Ostseeküste entlang nach Süden. Es ist ein schöner Herbsttag, und die Sonne scheint. Dichterisches Schwärmen überkommt die Presseleute, die Carstens begleiten. Einer wird schreiben: „Der Himmel war wieder blau, und golden das Herbstlaub der Bäume. Golden auch die Worte des Präsidenten.“ Gold jedoch ist es nicht, was Carstens von sich gibt, eher Plattgold, Katzengold. Immer wieder preist er mit denselben Worten die Schönheit der Natur und die Freuden des Wanderns.

In der Tat hat dieser Präsident allen Grund, das Wandern zu loben. Das Wandern, das ausgreifende Gehen, das Marschieren ist ihm schon immer gut bekommen. Als Jura-Student einst marschierte er im Braunhemd und in den Schaftstiefeln der SA durch Hamburgs Straßen. Er wanderte auch von Parteifreund zu Parteifreund und kassierte die Mitgliedsbeiträge für die NSDAP. Und das Wandern und das Marschieren machte sich bezahlt; aus dem Studenten wurde ein Gerichtsreferendar, aus dem Gerichtsreferendar ein Propagandaoffizier. Dieser marschierte, das Parteiabzeichen an der Offiziersjacke, mit dem braunen Heer nach Osten: ein Wanderprediger des Nationalsozialismus. Es war zu seinem Nachteil nicht. Die Rüstungsindustriellen und die Waffenschieber erinnerten sich seiner in der folgenden bundesrepublikanischen Zeit, und er wanderte für sie über die Pfade der Protektion, schlug sich durch das Gestrüpp der Meineide. Er war ihr treuer Parteigänger bei seinem Marsch durch die Ämter der Bundesrepublik bis hinauf zum höchsten.

„Kommt doch mit!“ ruft er nun auf seiner Wanderung den am Wegrand Stehenden zu. Aber ist es verwunderlich, daß sie nicht auf ihn hören, daß sie ihm nicht folgen wollen auf seinem Weg? — Noch geht es nur von Nord nach Süd, von der Ostsee bis zu den Alpen — in Etappen, versteht sich. Wer aber garantiert, daß der nächste Marsch nicht in West-Ost-Richtung verläuft, „von der Maas bis an die Memel“?

Carstens wandert. Unsere Gedanken wandern mit. Sicher, nach menschlichem Ermessen kann dem Präsidenten auf der langen Strecke bis ins Gebirge nichts geschehen: Das Unternehmen ist umsichtig vorbereitet; Carstens Kondition ist gut; seine Begleiter sind schießbereit; die Hohlwege, in denen etwa ein deutscher Wilhelm Tell lauern könnte, werden im vorhinein durchforscht und gesichert. — Und doch: ganz ohne begleitenden Wunsch will man den Präsidenten denn doch nicht ziehen lassen. Und so wünschen wir ihm aus vollem Herzen aufrichtig:

Hals- und Beinbruch, Herr Carstens!

Vor allem Hals-...

Carstens (rechts) wandert. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg (links) begleitete Carstens ein Stück. Zwischen Carstens und Stoltenberg: Carstens Frau. Der Troß der Bewaffneten ist auf dem Bild nicht zu erkennen.

Verfahren gegen Herstatt eingestellt

Der Millionenbetrüger geht straffrei aus

KÖLN — Das Verfahren gegen den Ex-Bankier Iwan D. Herstatt ist am vergangenen Donnerstag vorläufig eingestellt und von der Hauptverhandlung abgetrennt worden. Bei dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank im Juni 1974 waren Tausende von kleinen Sparern um einen Teil ihrer Einlagen geprellt worden. Herstatt hinterließ ein Defizit von 1,2 Milliarden Mark.

Bei seiner Einstellungsverfügung folgte das Kölner Landgericht dem Gutachten des „international anerkannten Mediziners“ Schaede. In dem Gutachten wird Herstatts gesundheitliche Situation dramatisch ausgemalt: Herstatt — heißt es — würde schon bei geringer körperlicher und seelischer Belastung „den unberechenbaren Risiken eines tödlichen Herzinfarkts ausgesetzt“ sein. „Mit großer Wahrscheinlichkeit“ würde der Ex-Bankier bei entsprechender Belastung durch die Gerichtsverhandlung in Zukunft einen Herzinfarkt erleiden. Seine ordnungsgemäße Verteidigung sei praktisch nicht mehr möglich. — In dem Gutachten fand das Gericht „keine Anhaltspunkte für irgendwelche Zweifel“.

Man muß schon ein Herstatt sein, um in diesem Staat derartige Rücksichtnahme zu genießen. Während einen kleinen Kaufhausdieb oder einen Schwarzfahrer die ganze Härte des Gesetzes trifft, werden die Millionenbetrüger mit Samthandschuhen angefaßt. — Im Mai dieses Jahres war bereits Herstatts Chefdevisenhändler Dany Dattel für verhandlungsunfähig erklärt worden.

USA: Indianer sterben den Strahlentod

AMSTERDAM — Die Entwicklung der Kernenergie in den USA hat lebensbedrohende Auswirkungen auf die Indianer Nordamerikas.

Auf einer Pressekonferenz in Amsterdam erklärten die beiden Indianervertreter Herbert Blatchford und Winoma la Duke, zwei Drittel der Uranreserven der USA stammten aus Vorkommen in den Indianer-Reservaten. Die von Abfallprodukten ausgehende radioaktive Strahlung habe zu zahlreichen Fällen von Krebs, Leukämie und Sterilität geführt.

Wegen der Zerstörung ihrer Jagdgründe seien die Indianer gezwungen, in den Uran-Bergwerken zu arbeiten. „Unter 100 indianischen Bergarbeitern hat es seit den 50er Jahren 25 Todesfälle gegeben. In absehbarer Zeit werden weitere 45 an Krebs sterben“, sagte Blatchford.

Winona la Duke warf der Regierung in Washington auch vor, die Indianerbevölkerung systematisch dezimieren zu wollen. Dazu werde eine großangelegte Sterilisierungskampagne vorangetrieben: „Häufig wird die Operation an den Frauen ohne ihre Einwilligung vorgenommen. Oft läßt man sie auch Formulare unterschreiben, die sie als Analphabeten gar nicht lesen können.“



Montag, 22. Oktober, 21.15 Uhr, ARD
Die schmutzigen Schuhe. Dokumentation über die spanische Armee. Besonderes Interesse gewinnt dieser Beitrag angesichts der Putschdrohungen der Militärs in Spanien.

***

Montag, 22. Oktober, 22.50 Uhr, Hessen III
Schreib das auf, Kisch! Ein Film mit Gerd Heimreich. Kisch-Reportagen erfreuen sich einer wachsenden Leserschaft; seine Werke werden wieder aufgelegt. — Viel zuwenig bekannt ist noch der Antifaschist Kisch. Heimreichs Gesprächspartner in diesem Film berichten unter anderem über Kisch's Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg und über seine Arbeit im Exil.

***

Montag, 22. Oktober, 23.00 Uhr, ARD
Konfrontation. Film über die unbewältigte Vergangenheit der Schweiz. — Thema: Im Februar 1936 erschoß der jüdische Student David Frankfurter in Davos den Leiter der „Landesgruppe Schweiz der NSDAP“ und stellte sich anschließend der Polizei. Vom Bündner Kantonsgericht wurde er später zu 18 Jahren Zuchthaus und anschließender lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt.

***

Dienstag, 23. Oktober, 19.00 Uhr, Bayern III
Tod und Auferstehung des Wilhelm Hausmann. Nach Bertolt Brecht.

***

Dienstag, 23. Oktober, 21.00 Uhr, Nord III
Die eigene Geschichte. Eine Christin, eine Kommunistin — zwei Frauen erleben das III. Reich. Die beiden Frauen berichten über den Widerstand gegen den Faschismus: Druck und Verteilen von Flugblättern, Familienbetreuung, Beschaffung von Papieren etc. Es hat Seltenheitswert, wenn die westdeutschen Massenmedien auch einmal den größten und wirkungsvollsten — den kommunistischen — Widerstand gegen Hitler erwähnen.

***

Mittwoch, 24. Oktober, 19.00 Uhr, Südwest III
Bergarbeiterlieder. Sprechfunk Kohlengräberstadt bringt Bergmannslieder der letzten 90 Jahre.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30—18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr
7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr
7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: MoFr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107 Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 943 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.